

Beginn: 13:00 Uhr

Präsident Eckhard Uhlenberg: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiÙe Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, der zwölfte Sitzung – einer Sondersitzung – des Landtages von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **sechs Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste, wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Tagesordnungspunkt

1 Nachhaltige Sicherung der Handlungs- und Zukunftsfähigkeit der Kommunen

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/458

Der Chef der Staatskanzlei hat mir mit Schreiben vom 8. Oktober mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, das Plenum zu dem vorgenannten Thema zu unterrichten. Die Unterrichtung erfolgt durch die Ministerpräsidentin, Frau Kraft.

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben das Wort.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin (mit Beifall von SPD und GRÜNEN begrüÙt): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich freue mich darüber, dass die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD diese Sondersitzung für heute beantragt haben. Dahinter stand ja der Wunsch des Aktionsbündnisses, der Memorandumsstädte, dieses wichtige Thema in diesem Haus mit einem gebührenden Zeitaufwand diskutieren zu können. Ich freue mich deshalb ganz besonders über die Anwesenheit der Vertreterinnen und Vertreter sowie der Repräsentantinnen und Repräsentanten der Städte, Gemeinden und Kreise in unserem Land.

(Lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Beifall von Gunhild Böth [LINKE])

Eine Sondersitzung findet nicht häufig statt. Das sagt etwas aus über die Bedeutung und die Dringlichkeit des heutigen Themas. Worum es geht, das ist nicht mehr und nicht weniger als die nachhaltige Sicherung der Handlungs- und Zukunftsfähigkeit unserer Städte, Gemeinden und Kreise. Ich glaube, wir alle sind uns darüber im Klaren, warum das so

wichtig ist. Wenn wir darüber reden, wie wir den sozialen Zusammenhalt in unserem Land erhalten wollen, wenn wir über das Thema „Integration“ reden, dann wissen wir alle sehr genau, dass die Frage, ob uns das gelingt, sich auf der kommunalen Ebene entscheidet. Sie ist handlungsleitend, sie ist bedeutend für den Erfolg dieser Politik.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Auf der kommunalen Ebene werden auch die Voraussetzungen für die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft geschaffen. Auch das gilt. Letztlich sorgen die Kommunen auch für ein breites kulturelles Angebot in Nordrhein-Westfalen.

Ja, die Bürger erfahren und erleben Staat in allererster Linie vor Ort. Und weil das so ist, sehen sie mit großer Besorgnis die Entwicklung in unseren Städten, Gemeinden und Kreisen.

Die Lage ist dramatisch. Viele Kommunen in unserem Land sind kaum noch handlungsfähig, und das nicht erst seit der Wirtschafts- und Finanzkrise, nein: Stetig steigende Ausgaben und eine dramatisch wachsende Verschuldung nehmen unseren Städten, Gemeinden und Kreisen die Luft zum Atmen. Sie brauchen Hilfe und Entlastung, und zwar aus den eigenen Reihen, aber auch vom Land und vom Bund. Und darum geht es hier heute.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Beifall von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE])

Bund, Land und Kommunen bilden eine Schicksalsgemeinschaft. Wir alle leben in haushaltsschwieriger Situation. Wir alle haben strukturelle Finanzprobleme. Wenn wir uns ernsthaft daranmachen, unsere Haushalte zu konsolidieren – auf der Bundesebene, auf der Landesebene und auf der kommunalen Ebene –, dann sind entscheidend dafür, ob das gelingt, die Voraussetzungen, die auf der kommunalen Ebene geschaffen werden, um Ausgaben mittel- und langfristig zu senken. Es geht um den Aspekt der Vorbeugung. Eine vorbeugende Politik, damit am Ende die Ausgaben auf allen politischen Ebenen sinken können, das ist die Politik, die wir in Nordrhein-Westfalen voranbringen wollen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es lohnt sich aber, im Rahmen dieser Unterrichtung noch einmal in die Details zu schauen und die Dramatik noch einmal mit Zahlen zu unterlegen.

Nur noch acht Kommunen in Nordrhein-Westfalen gelingt ein echter Haushaltsausgleich. 172 schaffen diesen Ausgleich nicht, ohne Rücklagen in Anspruch zu nehmen. 137 haben ein nicht genehmigtes Haushaltssicherungskonzept. Sieben sind bereits überschuldet. Und 27 droht diese – wenn man es so bezeichnen darf – Karriere in den nächsten drei Jahren.

Ein besonderes Problem bilden die kommunalen Kassenkredite. Mitte 2010 umfassten sie landesweit

rund 20 Milliarden €. Das ist das Achtfache dessen, was wir noch Ende 2000 verzeichnen konnten. Kredite, Kassenkredite – das sind tickende, hochexplosive Zeitbomben, die in unseren kommunalen Haushalten lagern. Sie werden ihre Sprengkraft noch stärker entfalten, wenn die Zinsentwicklung einen anderen Verlauf nimmt, als das im Moment der Fall ist.

Deshalb ist mir ganz wichtig, zu sagen, dass diese Fehlentwicklungen in den kommunalen Haushalten nicht neu sind. Sie haben sich seit sehr langer Zeit abgezeichnet. Wir klagen seit 1975 über Finanzierungssalden, die überwiegend defizitär sind. Seit 1975 haben wir es nur in sieben Jahren geschafft, das Ganze positiv oder ausgeglichen zu gestalten. Das ist ein historisches, aber leider immer aktuelles Problem, weil die Summen und die Probleme weiter anwachsen.

Das zeigt, dass die Gründe für diese Lage keinesfalls nur konjunkturell bedingt sind. Und jeder, der uns weismachen will, wir kriegt das alles schon in den Griff, Hauptsache, es käme jetzt eine Hochkonjunkturphase, der sagt nicht die Wahrheit.

Denn es handelt sich zunehmend um ein strukturelles Problem. Das sieht man ganz deutlich mit Blick auf die vergangenen Jahre: Trotz der absoluten Rekordsteuereinnahmen in den Jahren 2007 und 2008 haben die Ausgaben die Einnahmen zwischen 2005 und 2009 um 3,5 Milliarden € überschritten.

Natürlich gibt es auch Gründe, die auf individuellem Fehlverhalten aufseiten der Kommunen basieren. Ja, es gab auch Fehlentscheidungen und Fehlverhalten. Aber wer im Glashaus sitzt, der soll den ersten Stein werfen.

Die strukturellen Faktoren sind die ausschlaggebenden. Die Sozialausgaben wachsen in rasantem Umfang. Der Aufwuchs beträgt in zehn Jahren rund 4 Milliarden €. Mit diesen Leistungen sind strukturschwache Kommunen überfordert.

Und – auch das gehört zur Wahrheit dazu; heute sollten wir nicht drumherum reden –: Auch wir als Land und der Bund haben an die Kommunen Aufgaben, neue Aufgaben, gegeben, wir haben direkt und indirekt für Standards gesorgt, die nicht ausreichend mit Finanzmitteln hinterlegt waren.

Und noch ein dritter Punkt gehört zu diesen strukturellen Problemen: Das sind die Millionen an Beiträgen, die unsere Kommunen für den Solidarpakt Ost aufwenden. Die Einheitslasten zu bewältigen ist eine bedeutsame Aufgabe. Aber dass dabei selbst diejenigen mit eigenen großen strukturellen Problemen massiv zahlen müssen, bleibt ein Anachronismus, den es zu beheben gilt.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Gerne wird angesichts dieser Lage nach der Schuld gefragt. Deshalb ist es mir ganz besonders wichtig,

deutlich zu sagen, dass wir sehr wohl die in den Kommunen erbrachten erheblichen Konsolidierungsanstrengungen zur Kenntnis nehmen: Die Kommunen waren Vorreiter bei der Modernisierung der Verwaltung. Sie haben auch unpopuläre Maßnahmen durchgestanden; sie haben sie nicht gescheut. Sie haben Investitionen gesenkt, Gebühren und Steuern erhöht, Personal abgebaut und harte Einschnitte vollzogen.

Aber – ganz wichtig – sie haben am Ende in haushaltsschwieriger Situation gar nicht mehr die Möglichkeiten, freiwillige Leistungen in adäquatem Umfang zu finanzieren, wenn sie sich ausschließlich auf die Pflichtleistungen konzentrieren müssen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Das ist das Problem, das wir beheben müssen. Nicht nur reparieren, sondern vorbeugen – das ist das, was wir auf der kommunalen Ebene erreichen müssen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Dennoch – obwohl sie alle diese Maßnahmen in Gang gesetzt haben; es lohnt sich, in den einzelnen Kommunen in die Details hineinzugehen – sind viele – zu viele – nicht mehr in der Lage, aus eigener Kraft aus dieser Verschuldungssituation herauszukommen. Ich nenne das gerne die Vergeblichkeitsfalle. Denn wissend, dass man durch Investitionen in freiwillige Leistungen, in Vorbeugung, mittel- bis langfristig Kosten senken kann, und das dann nicht tun zu dürfen und sehenden Auges in explodierende Kostensteigerungen hineinlaufen zu müssen, das ist auch etwas, was die Kommunen in diesem Land nicht mehr machen wollen. Und das kann ich gut nachvollziehen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Ich freue mich, dass wir in weiten Teilen dieses Hauses darüber einig sind, dass es so nicht weitergeht. Wir müssen gemeinsam diese Abwärtsspirale, die sich da auftut, stoppen. Es geht dabei auch um die Frage, ob wir noch gleiche Lebensbedingungen in den unterschiedlichen Kommunen unseres Landes haben. Es ist mir wichtig, dass heute hier aus dieser Sitzung ein gemeinsames Signal herausgeht, dass wir alle verstanden haben, wie wichtig es ist, diese Probleme gemeinsam anzufassen.

Ja, Kommunen müssen mit ihren Finanzen wieder auf solide Grundlagen gestellt werden. Es muss Schluss sein mit dem Verschieben von Belastungen, mit dem – unabhängig von den jeweiligen politischen Farben – Verschieben von der rechten in die linke Tasche, und am Ende waren häufig die Kommunen die Leidtragenden. Es muss Schluss sein mit dem Herausschieben notwendiger Entscheidungen.

gen. Die Zeit der Sonntagsreden ist angesichts dieser dramatischen Lage schlicht und einfach vorbei.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Diese Erkenntnis sehe ich in vielen Parteien. Wir haben in der SPD 2007 unsere kommunalpolitischen Leitlinien erarbeitet und verabschiedet. Wir haben dort den Stärkungspakt Stadtfinanzen in groben Strukturen angedacht.

Diese Tendenzen sehe ich in vielen Parteien, die in diesem Landtag vertreten sind. Aber jetzt ist wichtig, dass wir uns von heute an gemeinsam auf den Weg machen, diese dramatische Situation nach Berlin zu transportieren. Das ist eine der Botschaften, die wir aus der heutigen Sitzung senden müssen.

(Beifall von der SPD, von der CDU, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Eine zweite Botschaft ist mir sehr wichtig: Die Landesregierung steht an der Seite der Kommunen. Das sage ich in dem tiefen Bewusstsein, dass auch das Land mit extrem schwierigen Rahmenbedingungen zu kämpfen hat.

Wir wollen eine vertrauensvolle Partnerschaft. Deshalb haben wir sehr rasch die Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden, aber auch mit dem Aktionsbündnis gesucht. Uns liegt an einer verlässlichen Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Manchmal entsteht bei den Bürgerinnen und Bürgern der Eindruck – ihn erwecken Politikerinnen und Politiker der unterschiedlichen Ebenen gern –, als würde die Bundesliga mit der Bundespolitik gleichzusetzen sein. Wir wären dann die Zweite Bundesliga. Die Kommunen wären dann in der Regionalliga. – Das wird den Problemen und den notwendigen Lösungen in unserem Land nicht gerecht.

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

Lassen Sie uns alle DFB-Pokal spielen; dann kommen wir weiter.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

In den Gesprächen haben wir den Aktionsplan für die Kommunen vorgestellt. Wir haben sehr viel Zustimmung hinzugewonnen. Erste Sofortmaßnahmen haben wir bereits auf den Weg gebracht.

Mit dem Entwurf zum Änderungsgesetz des GFG 2010 liegt dem Landtag seit September unser Vorschlag mit dem Ziel zur Beratung vor, den Kommunen noch in diesem Haushaltsjahr zusätzlich 300 Millionen € über die Finanzausgleichssystematik zur Verfügung zu stellen. Wir schlagen vor, dazu auf Befrachtungen von rund 166 Millionen € zu verzichten und die Kommunen wieder in die Verteilung der Grunderwerbsteuer einzubeziehen.

Zu einem schwierigen Kapitel zwischen Land und Kommunen hat sich die Einheitslastenabrechnung entwickelt. Diese Problematik ist nicht nur hoch

kontrovers, sondern auch, wie wir alle wissen, hoch komplex. Inzwischen gibt es drei Gutachten, deren Ergebnisse sehr weit auseinander liegen.

Nach dem gesetzlichen Abrechnungsmodus für 2009 hätten wir als Land Rückforderungsansprüche gegen die Kommunen in Höhe von rund 170 Millionen €. Uns liegt daran, diese Problematik mit den Kommunen im Konsens zu klären. Deshalb werden wir als Land die Forderungen an die Kommunen aus der Abrechnung der Einheitslasten so lange nicht geltend machen, bis eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes über die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes vorliegt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wichtig ist uns auch, die Konnexitätsgebote und die Konnexitätsausführung zu achten. Aufgabenverlagerungen auf die kommunale Ebene wird es nur noch gegen angemessenen Belastungsausgleich geben.

Das wird sich bereits bei der Umsetzung des jüngsten Urteils des Verfassungsgerichtshofes vom 12. Oktober erweisen, Stichwort: U3. Darin hat das Gericht festgestellt, dass die Änderungen des Ersten Ausführungsgesetzes zum Kinder- und Jugendhilfegesetz von 2008 gegen die Landesverfassung verstoßen, weil die Grundsätze des Konnexitätsprinzips damals eben nicht beachtet worden sind. Wir haben die Einhaltung versprochen. Daran werden wir uns halten und uns, soweit es geht, um die Reparatur von Fehlern aus der vorigen Legislaturperiode bemühen.

Die Kollegin Schäfer hat bereits erste Gespräche mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände geführt. Unabhängig davon, wie die Reichweite des Urteils eingeschätzt wird, kommen auf jeden Fall zusätzliche Ausgaben auf den Landeshaushalt zu. Es wäre gut, wenn sich CDU und FDP zu ihrer Verantwortung bekennen und diese notwendigen Mehrausgaben mitbeschließen würden. Darüber würden wir uns sehr freuen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist der Bereich der Soforthilfen, weil das ein so drängendes Problem ist. Aber es muss weitere Unterstützungmaßnahmen geben. Da reden wir über Konsolidierungshilfen. Da reden wir über den Stärkungspakt Stadtfinanzen, den wir schon mit dem Haushalt 2011 umsetzen wollen.

Ja, es gilt, das Ganze nachhaltig zu gestalten. Das ist mir wichtig. Es geht um die Ausgestaltung, um die Höhe, um die finanzielle Beteiligung der kommunalen Gemeinschaft und um die Kriterien, welche Kommunen davon profitieren dürfen und die Hilfen bekommen. Es geht um die Bedingungen und um die Frage, wie die Einhaltung am Ende überprüft wird. Es geht nicht darum, dass wir mit der Gieß-

kanne Geld über das Land verteilen; das sage ich ganz klar.

Mir ist ganz wichtig, dass diese Hilfen an die Verpflichtung der Kommunen gekoppelt sind, dezidiert in die Vorbeugung zu investieren und vorbeugende Strukturen zu stärken. Das gehört zu dem Ganzen dazu, meine Damen und Herren.

Ja, diese Entscheidung werden wir im engen Dialog mit den Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden treffen, nachdem das Gutachten von Herrn Prof. Junkernheinrich und Herrn Prof. Lenk Ende November vorgelegt wird.

Zweitens. Wir wollen aber auch dafür sorgen, dass die Kommunen wieder an Förderprogrammen teilnehmen können und sie nicht mehr in der Falle sitzen, den kommunalen Eigenanteil für die Förderprogramme nicht aufbringen zu können. Auch damit muss Schluss sein in diesem Land.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Drittens. Wir haben Gespräche mit den Bezirksregierungen aufgenommen. Auch der Innenminister hat im eigenen Haus sehr viele Vorarbeiten geleistet. Für uns ist entscheidend, dass sich die kommunalen Aufsichtsbehörden zunehmend auch als Beratungsinstitutionen verstehen. Der Teufelskreis mit den freiwilligen Leistungen, den ich vorhin geschildert habe, muss durchbrochen werden. Diese Änderungen werden wir schnellstmöglich in den Landtag einbringen, damit den Kommunen direkt und konkret an diesen Stellen geholfen werden kann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

All diese Maßnahmen, meine Damen und Herren, müssen und werden wir auf Landesebene auf den Weg bringen.

Aber wir alle sind uns darüber im Klaren, dass das nicht ausreichen wird. Die Kommunen müssen ihren eigenen Teil dazutun. Das wird immer wieder der Fall sein. Aber wir brauchen an entscheidenden Stellen auch den Bund. Der Bund muss seiner Verantwortung gegenüber den Kommunen gerecht werden. Das ist die Botschaft aus dieser Sitzung.

(Lebhafter Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Dafür haben wir im Moment, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ansatzpunkte. Es gibt die Gemeindefinanzkommission, in der wichtige Weichenstellungen erfolgen sollen. Die entscheidende Schlussphase ist gerade im Gange.

Ja, wir brauchen Antworten auf die Zukunftsfragen unserer Kommunen. Vor allen Dingen aber brauchen wir die Unterstützung des Bundes bezüglich der sozialen Lasten. Der ständige Anstieg kann nicht nur vom Land und den Kommunen aufgefangen werden.

Wir reden hier über eine starke Beteiligung im Bereich der Eingliederungshilfen, der Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose, der Hilfen zur Pflege und der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Der Bund hat hier in der Vergangenheit zu wenig getan, und er ist in der Pflicht. Leider sehen wir im Augenblick – das sage ich ganz deutlich – bei den Gesprächen, die in Berlin geführt werden, zu wenig Bereitschaft, den Kommunen zu helfen. Von daher müssen wir von hier aus gemeinsam über alle Fraktionsgrenzen hinweg gegenüber Berlin Druck machen, damit es dort vorangeht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist die Botschaft, die wir heute senden müssen: Rückendeckung von möglichst vielen Fraktionen dieses Landes, Druck aufbauen über Parteigrenzen hinweg im Sinne und für die Sache der Kommunen und damit der Bürgerinnen und Bürger und ihrer Lebensqualität vor Ort.

Meine Damen und Herren, bezüglich der Haushaltsberatungen in Berlin macht mir – das kommt hinzu – allerdings einiges Sorgen: Da werden wieder Entscheidungen zulasten der Kommunen getroffen. Die Halbierung der Städtebauförderungsmittel um rund 300 Millionen € ist eine Katastrophe. Wenn wir wirklich unsere Stadtteile wieder in stand setzen wollen, wenn wir wirklich dafür sorgen wollen, dass Integration vor Ort gelingt, dann ist die Höhe der zur Verfügung stehenden Städtebauförderungsmittel entscheidend.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Gunhild Böth [LINKE])

Sorgen macht mir auch die vorgesehene Streichung der Rentenbeiträge bei Langzeitarbeitslosen. Das meinte ich vorhin mit „rechte Tasche/linke Tasche“. Da wird in Berlin gespart, und die Kommunen werden in Zukunft bei der Grundsicherung mehr zahlen müssen. Das ist eine falsche Politik für die Menschen und dieses Land.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Ich hoffe, wir sind uns in weiten Teilen einig, dass wir in Richtung Berlin gemeinsam für die Sache der Kommunen eintreten müssen. Aber noch besser wäre es, wenn wir eine Einigkeit darüber hätten, dass wir auch eine Verbesserung der Einnahmeseite brauchen. Und da reden wir über den § 107 der Gemeindeordnung, über die Möglichkeiten der kommunalen Unternehmen und auch über die Gewerbesteuer.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Wir haben eine klare Position, wir sind einig mit den kommunalen Spitzenverbänden: Wir wollen die Erhaltung und den Ausbau dieser wichtigsten kommunalen Steuer. Mit uns ist eine Veränderung – das sage ich auch in Richtung Berlin – an dieser Stelle

nicht zu machen. Das gefährdet die Zukunft unserer Städte und Gemeinden.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Die Evaluierung des Solidarpaktes steht an. Wir müssen weiterhin das Ziel verfolgen, dass auch unsere strukturschwachen Bereiche bei diesen Maßnahmen antragsberechtigt sind. Wenn schon eine Evaluierung, dann gehört das jetzt auf den Tisch, damit unsere Kommunen nicht mehr zahlen und sich dadurch noch weiter verschulden. Auch diesen Punkt können wir vielleicht gemeinsam nach Berlin tragen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Zeit drängt. Der Aktionsplan für die Kommunen findet viel Zustimmung. In Vorbereitung dieser Sondersitzung habe ich erfahren, dass es zwischen den Fraktionen hier im Landtag eine Menge Übereinstimmung gibt. Lassen Sie uns gemeinsam und unabhängig von parteipolitischen Interessen für dieses Land, für die Kommunen und für die Bürgerinnen und Bürger in Berlin auftreten. Lassen Sie uns gemeinsam das Signal senden, dass die Kommunen in diesem Land, die Städte, Gemeinden und Kreise, nicht alleine sind.

Meine Damen und Herren, eines ist klar: Geschlossenheit ist die Voraussetzung dafür. Wir müssen deutlich machen in Richtung Berlin, dass Nordrhein-Westfalen den Status quo nicht länger hinnimmt und dass wir eine durchgreifende Entlastung im Bereich der Soziallasten für unsere Städte und Gemeinden erwarten, in Richtung Kommunen, dass wir sie in schwieriger Situation nicht alleine lassen, sondern als Partner ihnen zur Seite stehen, und in Richtung Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, dass der Landtag in zentralen Fragen des Gemeinwesens im Interesse der Sache parteipolitische Gräben zu überwinden vermag.

Die Zukunft der Kommunen ist es wert, diesen Versuch hier und heute zu wagen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Danke schön, Frau Ministerpräsidentin.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Herrn Abgeordneten **Armin Jahl** von der Fraktion der SPD sehr herzlich zu seinem 63. **Geburtstag** zu gratulieren. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute im Namen der Kolleginnen und Kollegen!

(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen nun zur **Aussprache** über die Unterrichtung. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unsere Kommunen sind nicht nur die Schulen der Demokratie, sondern sie sind auch gelebte Demokratie. Die Kommunen sind auch nicht nur die Ausführungsorgane staatlicher Gesetze, sondern sie sind vor allen Dingen Entwicklungs- und Unterstützungssysteme für unsere Bürgergesellschaft. Wir brauchen das bürgerschaftliche Engagement, um alle wichtigen Herausforderungen von der Integration bis hin zum Gesundheitswesen insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels zu meistern. Deswegen hat es schon immer zur Landespolitik gehört, ein besonderes Auge auf die Entwicklung der Kommunen zu richten.

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen – das ist zumindest meine Erfahrung in den letzten sechs Jahren, seitdem ich hier bin – ist ein sehr stark kommunalgeprägtes Parlament. Viele Abgeordnete des nordrhein-westfälischen Landtages tragen auch in den Regionen Verantwortung in der Kommunalpolitik, und viele von uns haben über Jahrzehnte Verantwortung in der Kommunalpolitik getragen.

Ich persönlich meine, dass die Kommunalpolitik in Wahrheit die hohe Schule der Politik ist und es gut wäre, wenn jeder Landes- oder Bundespolitiker wenigstens ein paar Jahre Kommunalpolitik gemacht hätte.

(Beifall von der CDU und von der SPD)

Genauso wäre es gut, wenn sich jeder Politiker, bevor er ein Mandat annimmt, ein paar Jahre durch eigene Arbeit selbst ernährt hätte.

(Beifall von der CDU, von der SPD und von der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen haben wir immer sehr auf die Gemeinden geachtet. Es ist nicht so, dass in den letzten Jahren nichts für die Gemeinden getan worden wäre. Im Jahr 2009 hatten wir über das GFG mit 8 Milliarden € die höchsten Zuweisungen an die Gemeinden in der Geschichte unseres Landes. Die Schulpauschalen sind das letzte Mal 2010 um 600 Millionen € erhöht worden. Die Städtebaumittel sind 2010 um 300 Millionen € erhöht worden.

Wir haben uns in Nordrhein-Westfalen entschieden, 84 % aller Mittel des Konjunkturpaketes – das sind immerhin 2,38 Milliarden € gewesen – an die Kommunen zu geben. Kein anderes Bundesland hat die Konjunkturmittel so kommunalfreundlich zur Verfügung gestellt.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Einmal was Vernünftiges!)

Dennoch ist die Situation so, wie sie die Ministerpräsidentin beschrieben hat: Unseren Kommunen geht es alles in allem schlecht. Wenn 90 % der Kommunen in diesem Jahr ihren Haushalt strukturell nicht mehr ausgleichen können, weiß jeder,

dass wir ein grundsätzliches Problem haben. Jeder weiß auch, dass diese Probleme mit der Finanzierung von staatlichen Aufgaben zusammenhängen, die die Menschen, die in ihren Städten die kommunale Verantwortung tragen, kaum oder nur wenig beeinflussen können. Ich möchte die wichtigsten Punkte nennen:

Für die Kosten für Unterkunft und Heizung im Zusammenhang mit dem SGB II werden die Kommunen in Nordrhein-Westfalen 2010 wahrscheinlich 3,5 Milliarden € aufwenden. Das sind 500 Millionen € mehr als im Jahre 2005.

Die Kosten in der Kinder- und Jugendhilfe lagen im Jahr 2008 in Nordrhein-Westfalen bei 5,6 Milliarden € – eine Steigerung in den letzten zehn Jahren von 37 %. Auch darauf haben Kommunalpolitiker so gut wie keinen Einfluss. In meinem Heimatkreis zum Beispiel haben sich die Herausnahmen von Kindern aus Familien in den letzten fünf Jahren um 50 % erhöht. Wer die deutsche Gesetzgebung kennt, weiß, was alles passieren muss, bevor ein Kind aus einer Familie herausgenommen wird. Die Kosten sind dann nun einmal so, wie sie sind. Ich habe keine Fantasie, wie man dabei sparen kann.

Wir haben die Grundsicherung im Alter bekommen. Mittlerweile geben die nordrhein-westfälischen Kommunen etwa 1 Milliarde € für diese Leistung aus. Jeder weiß, dass dieses Problem aufgrund der gebrochenen Erwerbsbiografien und auch der Absenkung des Rentenniveaus in Zukunft eher größer als kleiner wird.

Wir haben die Kosten der Eingliederung von Menschen mit Behinderungen. Dort ist im Übrigen – aus meiner Sicht – etwas sehr Schönes passiert: In Deutschland gibt es fast eine ganze Generation von behinderten Menschen, die Teilhabe an unserer Gesellschaft erleben.

(Beifall von den GRÜNEN)

1945 hatte unser Land keine Behinderten, weil die Nazis sie umgebracht haben. Viele Behinderte hatten früher keine hohe Lebenserwartung, weil die medizinische Versorgung schlecht war. Kein Mensch bestimmt selbst, in welchem Gesundheitszustand seine Kinder auf die Erde kommen. Jedes Kind, das geboren wird, ist uns willkommen. Dafür haben wir die Ausgaben – da sind wir uns sicher alle einig – zu tragen. Aber es gab eine gewaltige Entwicklung: 3,1 Milliarden € bringen unsere Gemeinden für diesen Bereich auf.

Wir leben in einer älter werdenden Gesellschaft, und es gibt immer mehr hochbetagte Menschen. Wenn es mehr hochbetagte Menschen in einer Gesellschaft gibt, gibt es auch mehr pflegebedürftige Menschen. Wenn heute ein Pflegeplatz in der Stufe 3 4.000 € kostet, die durchschnittliche Rente 1.200 € beträgt, die Leistungen der Pflegeversicherung und das Pflegewohngeld hinzukommen, dann fehlen für einen solchen Menschen rund

1.000 € im Monat, um den Pflegeplatz zu bezahlen. Hat er 10.000 € gespart, kann er ihn zehn Monate lang selber bezahlen, hat er 5.000 € gespart, sind es fünf Monate. Irgendwann aber ist die Gemeinde in die Finanzierung eingebunden. Dabei haben Sie kaum eine kommunalpolitische Gestaltungsmöglichkeit, weil Sie nicht wissen, wie oft so etwas in Ihrer Gemeinde vorkommt.

Wir werden die Kommunalfinanzen nur dann wieder in den Griff kriegen, wenn die Dynamik, die Steigerungsraten und die Finanzierung der Sozialkosten zwischen den staatlichen Ebenen anders verteilt werden als heute.

(Beifall von der CDU und von der SPD)

Der Prozess, dass diese Kosten ausschließlich bei den Gemeinden liegen, ist vor ganz langer Zeit, nämlich 1982 – Helmut Schmidt war noch Bundeskanzler –, eingeläutet worden. Er ist dann im Grunde von allen Regierungen fortgesetzt worden, von manchen Regierungen sogar noch, wenn Sie an das SGB II und die Grundsicherung denken, mit zusätzlichen Leistungen versehen worden, weil die Gegenfinanzierung des Bundes nicht ausreichte, um die Aufgabe zu finanzieren, vor allen Dingen nicht in ihrer Dynamik.

Deswegen ist für die Union im Landtag von Nordrhein-Westfalen eins ganz klar: Hilfen für die Gemeinden, so richtig sie sind, haben nur dann einen Sinn, wenn das grundsätzliche Problem mitgelöst wird. Wer mal ein plattes Fahrrad gehabt hat, weiß, dass man erst den Schlauch flickt, bevor man Luft hineinpumpt, sonst ist das vergebene Mühe.

Deswegen haben wir einige Probleme mit Ihren Vorschlägen zum Nachtragshaushalt. Wir müssen erst das Problem betreffend die Sozialleistungen lösen, die Löcher in den Eimern der Sozialleistungen stopfen, den Schlauch flicken, bevor wir neue Luft hineingeben. Ansonsten sind unsere Überlegungen nicht nachhaltig.

(Beifall von der CDU)

Deswegen sind wir der Meinung, dass sich der Bund zumindest zur Hälfte dynamisch ausgestaltet an den von mir genannten Sozialkosten beteiligen muss.

Deswegen ist es richtig, dass in der Koalitionsvereinbarung der schwarz-gelben Regierung in Berlin damals vor allem von nordrhein-westfälischer Seite die Gemeindefinanzkommission durchgesetzt worden ist, die es ohne uns nicht gegeben hätte. Dort sitzen zum ersten Mal seit 1949 Bund und Kommunen auf gleicher Augenhöhe zusammen und reden über diese Frage. Wir müssen sehen, dass wir gute Ergebnisse hinbekommen.

(Beifall von der CDU)

Das war im Übrigen einer der Gründe, warum meine Fraktion Wert darauf gelegt hat, in dieser Frage

als Parlament in einem großen Konsens an die Adresse in Berlin zu appellieren, dass es hier Veränderungen geben muss. Ansonsten schaffen wir es nicht, es in der kommunalen Familie zu regeln.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der LINKEN)

Es gibt noch einen weiteren Punkt, den ich gerne ansprechen möchte, der nicht direkt mit Geld zu tun hat. Aber ich würde uns sehr ermuntern wollen, auch im Landtag sehr viel kritischer hinzuschauen, was Gesetze, was Verordnungen, was die Verrechtlichung von kommunalen Aufgaben angeht.

Ich war 25 Jahre lang in einem Stadtrat. Ich stelle fest, dass die Vorgaben von oben – von unterschiedlichen politischen Ebenen ausgehend –, was wir in den Städten wie zu machen haben, dass die Verrechtlichung und die Bürokratisierung in unseren Gemeinden immer mehr geworden sind. Dabei spielt die europäische Ebene eine Rolle, etwa bei der Vergabe, dabei spielen wir manchmal eine Rolle, dabei spielt der Bund manchmal eine Rolle. Das engt kommunale Selbstverwaltung und Spielräume ein. Bürokratisierung und Bürokratie sind am Ende noch dazu teuer.

Ich finde, wir sollten nicht nur über Geld, sondern auch darüber reden, dass wir eine Verrechtlichung in allen kommunalen Bereichen nicht wollen, und wir sollten das, was bisher auf diesem Gebiet alles geschehen ist, kritisch überprüfen.

(Beifall von der CDU)

Denn ich bleibe dabei: Auch die Kommunalen wissen, was sie wollen. Wir müssen ihnen nicht alles sagen, was man wollen muss.

Ich will Ihnen ein Beispiel aus meiner Ministerzeit nennen. Ich hatte die große Ehre, dass eine gewisse Zeit lang der Fonds „Jedem Kind eine Mahlzeit“ in meinem Hause verwaltet wurde. Nachdem dieser Fonds einige Wochen alt war, kam ein Mitarbeiter meines Hauses zu mir und sagte: Herr Laumann, wir müssen jetzt dort, wo wir fördern, Richtlinien über gesundes Essen erlassen. – Darauf habe ich nur erwidert: Glauben Sie etwa, dass die Leute in den kommunalen Schulausschüssen ihre Kinder vergiften wollen? Ich glaube nicht, dass wir das als Land vorgeben müssen.

An solchen Beispielen wird deutlich: Wenn man die kommunale Selbstverwaltung lobt, muss man sich auf Landes- und Bundesebene auch im Griff haben und nicht meinen, alles von hier aus bestimmen zu müssen. Es sitzen auch kluge Leute in den Rathäusern und den Ausschüssen der Kommunalparlamente.

(Beifall von der CDU)

Wir sind im Übrigen der Auffassung, dass wir neben der Beteiligung des Bundes noch etwas brauchen. Einige Städte können ihre Zinslasten mittlerweile nicht mehr alleine tragen; sie haben, auch wenn sie

Sparprogramme auflegen, allein schon wegen der Zinslasten kaum noch eine Chance, ihre Probleme zu lösen.

Deswegen wäre es unserer Ansicht nach richtig, verabschiedete das Land in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Gesetz zur kommunalen Zinshilfe, sprich: Es wäre richtig, versuchte das Land nicht, über das GFG für Abhilfe zu sorgen, sondern über ein Sondergesetz. Wir stellen uns vor, die Hälfte der Zinsen der Kassenkredite über ein solches kommunales Zinsprogramm abzufedern und so diesen Gemeinden eine Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, um aus der Problematik wieder herauszukommen.

Ich glaube im Übrigen, dass die Hilfe für die einzelnen Kommunen auch mit einem verbindlichen, zwischen Kommune und Kommunalaufsicht zu vereinbarenden Entschuldungskonzept verbunden werden muss. Denn ich glaube schon, dass die Kommunalaufsicht eine wichtige Rolle spielt. Ich glaube nicht, dass wir gut beraten sind, die Kommunalaufsicht durch politisches Drängen zum Wegschauen zu animieren. Die Probleme holen uns nämlich alle irgendwann wieder ein.

Für mich steht auf jeden Fall fest: Ein kommunales Zinsprogramm mit klaren Auflagen und Vereinbarungen muss individuell mit der Gemeinde vereinbart werden, um einen Weg zur Lösung der Problematik aufzuzeigen. Dazu gehört natürlich auch ein Eigenanteil. Jeder weiß, dass die Gemeinden das auch wollen, obwohl das genauso schwierig umzusetzen ist, wie das bei der Sparpolitik auf unserer Ebene der Fall ist.

Denn solange Sie nur über Sparpolitik reden, stoßen Sie auf Zustimmung. Wenn Sie aber benennen, wo das Sparen konkret werden soll – das haben wir gerade bei der Ministerpräsidentin gegenüber der Bundesebene gehört –, ist man dagegen. Das ist einfach. Aber ich finde, wir müssen uns generell für eine Haushaltskonsolidierung einsetzen.

(Beifall von der CDU)

Mir bleibt heute nur noch, trotz der Einmütigkeit bezüglich der Hilfe für die Gemeinden einen Unterschied deutlich zu machen: Die Union ist fest davon überzeugt, dass die zusätzlichen Hilfen, die das Land Nordrhein-Westfalen den Gemeinden geben soll – ich habe das skizziert –, nicht über Pump finanziert werden dürfen.

(Beifall von der CDU)

Die Landesregierung hat das große Glück – auch dadurch, dass in der Vergangenheit sowohl auf der Bundes- als auch auf der Landesebene politisch nicht alles falsch gemacht worden ist –, in diesem Jahr wahrscheinlich erheblich mehr Steuern, nämlich in Höhe von über 1 Milliarde €, verzeichnen zu können als vor einem Jahr bei der Verabschiedung des Haushalts angenommen.

Angesichts einer solchen Situation sollte man nicht versuchen, die schlechten Schulden der Kommunen mit ebenso schlechten Schulden des Landes in den Griff zu bekommen. Das ist etwa so, als wenn Sie den Teufel mit dem Beelzebub austreiben wollten.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Frau Kraft, um das auch noch einmal für Sie zu veranschaulichen: Sie haben heute über die Schwierigkeiten von Schulden gesprochen, wenn es die Kommunen angeht. Ich sage Ihnen eins: Die Schulden, die ein Land macht, sind genauso schlimm wie die Schulden, die eine Kommune macht.

Das ist in etwa so wie in einer Ehe. Wenn Ihr Mann sein Konto überzieht, haben Sie, auch wenn Ihr eigenes ausgeglichen ist, trotzdem ein Problem. Genauso wird es auch hier sein. Wenn man glaubt, diese kommunalen Hilfen durch Überziehen der Kreditprogramme des Landes lösen zu können, werden wir am Ende die Probleme nicht beseitigt haben.

(Beifall von der CDU)

Deswegen muss der Bund bei den Sozialleistungen helfen. Wir müssen aber auch bereit sein, die Steuermehreinnahmen nicht für neue Wohltaten auszugeben, sondern die absolute Priorität auf Konsolidierung und Hilfe für die Kommunen zu setzen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ausschließlich davon, ob bei derartigen Maßnahmen die Nachhaltigkeit auch mit Blick auf die junge Generation gewährleistet ist, wird meine Fraktion die Zustimmung zu Haushaltsplänen, Nachtrags Haushaltsplänen und einzelgesetzlichen Maßnahmen abhängig machen. Wir werden keinen Weg mitgehen, bei dem die Hilfen für die Kommunen auf Pump finanziert werden, wenn Sie diese Möglichkeiten des Sparens und des Einsetzens von Steuermehreinnahmen haben, wie das jetzt in der nächsten Zeit zu erwarten ist.

(Beifall von der CDU)

Deswegen ist es auch wichtig, dass dieser Unterschied deutlich wird.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Damit hätten Sie doch anfangen können in Ihrem Haushalt! Sie haben doch schon 6,5 Milliarden drin gehabt!)

– Herr Sagel, erstens wissen Sie nicht, was Geld verdienen bedeutet, und zweitens wissen Sie nicht, was Geldsparen bedeutet.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Ich habe schon mehr gearbeitet als Sie! Sie sitzen doch nur in Aufsichtsräten herum!)

– Ich gehöre keinem einzigen Aufsichtsrat an. Und außerdem müssen Sie nicht mir als einem Minister,

der 20 % im Haushalt eingespart hat, erzählen, was Sparen ist.

(Beifall von der CDU)

Zu dieser Frage, über die wir heute reden, gehört meiner Meinung nach auch eine ehrliche Aussage über das Thema „Einnahmen eines Staates“.

Unsere Gesellschaft verändert sich so, dass die Menschen etwa bei der Erziehung der Kinder heute in Wahrheit mehr staatliche Angebote in Anspruch nehmen als früher, denn ein Kindergarten, der über drei Jahre geht, bedeutet für das einzelne Kind mehr Staat als eine einjährige Kindergartenzeit, wie es zu meiner Zeit der Fall war. Eine Ganztagschule heißt mehr Staat als eine Halbtagschule.

Wenn eine Gesellschaft sich entscheidet, dass alte Menschen nicht mehr in so einem starken Umfange zu Hause gepflegt werden – auch in einer allerletzten Lebensphase – wie früher, heißt dieses mehr Staat in sozialen Einrichtungen als weniger Staat.

Deswegen sollten wir eins auch noch einmal ganz deutlich vor Augen führen: In Wahrheit hat der Staat in diesen Bereichen in den letzten Jahren aufgrund von gesellschaftlichen Veränderungen, die wir alle im Übrigen nicht beeinflussen konnten, erheblich zugenommen. Man kann einen solchen Staat nicht mit immer weniger Geld finanzieren.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund regt mich ein Reflex bei manchen Politikern besonders auf, und zwar der, wenn es etwas besser wird, sofort nach Steuer-senkungen zu rufen und dies in einem solchen Moment als die wichtigste Aufgabe zu bezeichnen. Ich bin der Meinung: Steuern senken auf Pump ist genauso unnachhaltig und unsolid, wie jetzt den Kommunen auf Pump zu helfen, weil man selber zu Einsparungen nicht bereit ist.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Und das möchte ich gerade an die linke Seite des Hauses richten: Kritisieren Sie auf der einen Seite nicht jede Steuer als schlecht, fordern Sie nicht, Dinge, die gut waren, wie etwa Studiengebühren, abzuschaffen und diese Mittel über den Staatshaushalt zu finanzieren und zudem noch den Kommunen zu helfen. Sie müssen sich schon entscheiden, wofür Sie Ihr Geld ausgeben wollen!

(Beifall von der CDU)

Wir als Union haben uns entschieden. Wir wollen den Kommunen, der kommunalen Selbstverwaltung, gerne alle finanziellen Ressourcen, über die das Land verfügen kann, geben. Aber wir wollen nicht die schlechten Schulden der Kommunen durch schlechte Schulden des Landes ablösen. Denn am Ende ist es für unsere Kinder egal, wer ihnen die Schuldscheine in den Tornister steckt, ob es die

Kommune, ob es das Land oder ob es der Bund ist. Diese Kinder, deren Zahl in ihrer Generation viel kleiner sein wird, als es in meiner Generation der Fall ist, werden das bezahlen müssen. Deswegen werden wir die Hand nicht für eine Verschuldungspolitik reichen können, wie wir diese zumindest bis jetzt als von der Regierung angedacht wahrnehmen.

Ich setze allerdings als Christdemokrat immer auf die Einsehungskraft des Heiligen Geistes, darauf, dass er so wirkt, dass Sie erkennen, dass Sie hier auf einem Irrweg sind. – Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU – Beifall von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Laumann. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Römer das Wort.

Norbert Römer (SPD):Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich zunächst einmal auf das konzentrieren, wozu heute diese Sondersitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen einberufen worden ist. Denn, meine Damen und Herren, ganz gleich, ob es sich um Hauptverwaltungsbeamte handelt, die der CDU angehören, Herr Laumann, oder der SPD, ob es um Ratsmehrheiten unter Beteiligung von Bündnis 90/Die Grünen oder der FDP oder der Partei Die Linke geht: Unsere Kommunen rufen lautstark nach Hilfe.

Viele Pflichtaufgaben können kaum noch erfüllt werden, von sogenannten freiwilligen Leistungen kaum noch zu reden. Eine kommunale Selbstverwaltung – das muss uns doch irre machen – ist vielerorts so gut wie gar nicht mehr möglich. – Also, unsere Kommunen haben doch recht. Ihnen steht das Wasser bis zum Hals.

Sie brauchen unsere Hilfe. Und deshalb ist die wichtige Botschaft, die wir heute von dieser Sondersitzung aussenden: Wir helfen unseren Kommunen schnell und nachhaltig, Herr Laumann, weil das gut ist für die Menschen im Land und weil das gut ist für unser Land insgesamt. Das ist die zentrale Botschaft von heute, und daran sollten wir uns gemeinsam halten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Der nordrhein-westfälische Städtetag hat ja kürzlich noch einmal alarmierende Zahlen veröffentlicht. Wir können sie gar nicht oft genug nennen. Für das abgelaufene Jahr verzeichnen die kommunalen Haushalte in unserem Land ein saldiertes Finanzierungsdefizit in Höhe von 1,8 Milliarden €. Und das Volumen der Kassenkredite – auch das wiederhole ich noch einmal – hat zur Jahresmitte die Rekordmarke von ca. 20 Milliarden € erreicht. Nur 40 % der Mit-

glieder des Städtetages Nordrhein-Westfalen haben im Jahr 2009 den Haushaltsausgleich erreicht.

Mitte des Jahres 2010 befanden sich 83 % der Mitglieder des Städtetages in der vorläufigen Haushaltsführung. Davon war die Mehrzahl nicht in der Lage, ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept vorzulegen. Nur sechs Großstädte, meine Damen und Herren, in Nordrhein-Westfalen haben weder ein Haushaltssicherungskonzept noch eine vorläufige Haushaltsführung.

Gründe dafür sind zum einen die stetig steigenden – das ist von der Ministerpräsidentin ausgeführt worden, auch vom Kollegen Laumann –, von den Kommunen zu finanzierenden Aufwendungen für Sozialleistungen. Allein im Jahre 2009 waren das insgesamt rund 12,4 Milliarden €. Zum anderen – die Kehrseite der Medaille – sind das die massiv eingebrochenen Steuereinnahmen. Im vergangenen Jahr haben die Kommunen in Nordrhein-Westfalen 1,8 Milliarden € im Vergleich zu 2008 weniger eingenommen. Und diese Tatsache, meine Damen und Herren, ist für viele Städte und Gemeinden nicht mehr zu verkraften. Auch das sollten im Übrigen all diejenigen bedenken, die über die sogenannte Bettensteuer schimpfen.

Wir alle wissen doch, dass Land und Kommunen im Gegensatz zum Bund kaum Steuererhebungsrechte haben. Deshalb, meine Damen und Herren, profitieren sie auch von der anspringenden Konjunktur kaum oder nur mit erheblicher Verspätung.

Ja, meine Damen und Herren, das Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“ hat die Fraktionen des nordrhein-westfälischen Landtags gebeten, in einer Sondersitzung dieses Hohen Hauses über diese dramatische finanzielle Situation der Kommunen in Nordrhein-Westfalen zu reden, zu debattieren. Und wir, die regierungstragenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, haben dieses berechtigte Anliegen sofort aufgegriffen und in einer gemeinsamen Initiative diese Sondersitzung beantragt. Ich finde es gut, dass diese Initiative fraktionsübergreifend Unterstützung gefunden hat. Dafür bin ich dankbar, meine Damen und Herren.

Die notwendige Debatte zu führen, ist wichtig und richtig. Wir tun das heute. Es darf aber beim Debattieren allein nicht bleiben, denn unsere Kommunen erwarten klare Signale. Sie erwarten, dass der nordrhein-westfälische Landtag, dass die Fraktionen dieses Landtages und dass jedes einzelne Mitglied dieses Hohen Hauses Partner und Anwalt der Kommunen sind. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns dies gemeinsam machen, Partner und Anwalt der Kommunen in Nordrhein-Westfalen zu sein. Das ist eine vernünftige Aufgabe, die wir auch gemeinsam angehen sollten.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die kommunale Familie bildet das Fundament für unser Land. Diese kommunale Familie ist unverzichtbar für die Sicherung der Daseinsvorsorge für die Menschen. Denn auf keiner anderen staatlichen Ebene wird die Auswirkung von politischem Handeln so unmittelbar erfahren wie in unseren Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen.

Die Kommunen deshalb dabei zu unterstützen, dass sie ihre Aufgaben für die Menschen vor Ort auch tatsächlich wahrnehmen, wieder wahrnehmen können, ist daher ein wesentliches Merkmal von verantwortlicher und nachhaltiger Landespolitik. Dafür hat die Ministerpräsidentin vorhin ihre Beispiele gesetzt. Dafür verdient diese Landesregierung alle Unterstützung, auch die Unterstützung dieses Hohen Hauses, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Vorstellung des Aktionsplans „Kommunal Finanzen“ durch den Kommunalminister Ralf Jäger unmittelbar nach den Sommerferien zeigt doch, dass diese Landesregierung unverzüglich damit begonnen hat, den Kommunen zu helfen. Ja, Bündnis 90/Die Grünen und wir, die SPD, haben das in unserem Koalitionsvertrag gemeinsam festgelegt. Meine Damen und Herren, wir setzen das um. Wir setzen es um, sagen, was man tut, und tun, was man sagt. Das bleibt Leitlinie unseres politischen Handelns bei den Kommunen, aber nicht nur bei den Kommunen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich bin froh und bin auch dankbar dafür, dass die Oppositionsfraktionen ebenfalls an Erkenntnis gewonnen haben und mit uns gemeinsam – ich hoffe – konstruktiv über den richtigen Konsolidierungspfad für unsere Kommunen diskutieren. Ich erkenne das ausdrücklich an, Herr Kollege Laumann. Ich habe in der vergangenen Woche mit Respekt davon erfahren, dass die Erkenntnis in der CDU auch von Ihnen jetzt öffentlich deutlich gemacht worden ist, dass Sie in der abgelaufenen Legislaturperiode als Landesregierung, als CDU in Nordrhein-Westfalen das Thema Kommunalfinanzen unterschätzt haben. Respekt dafür, dass Sie das bekennen. Ich weiß ja, was das bedeutet.

In diesem Sinne, Herr Kollege Laumann, werte ich auch das in dieser Woche von der CDU-Fraktion vorgelegte Positionspapier zur Situation der Kommunalfinanzen in Nordrhein-Westfalen. Da sind viele Punkte aufgeführt, meine Damen und Herren, zu denen ich sagen kann, zu denen wir, die SPD-Fraktion, auch der Koalitionspartner sagen können: Lassen Sie uns darüber reden! Aber bitte, Herr Kollege Laumann, lassen Sie uns das nicht von vornherein landespolitisch konditionieren, sondern lassen Sie uns offen darüber reden, wie wir gemeinsam unsere Kommunen möglichst effektiv unterstützen können. Dann, wenn wir offen darüber reden, nicht konditioniert von vornherein – davon bin

ich fest überzeugt –, werden wir zu gemeinsamer Verantwortung, zu gemeinsamem Handeln kommen können. Dazu lade ich ganz herzlich ein.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Sie haben es gerade noch einmal dargestellt. Sie nennen das Sondergesetz „Kommunale Zinshilfen“. Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode als SPD-Landtagsfraktion den Stärkungspakt „Stadtfinanzen“ vorgestellt. Ja, ich lade Sie ausdrücklich ein: Lassen Sie uns in einen fruchtbaren Dialog um die beste Lösung für unsere Kommunen eintreten.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Wir sind dabei in guter Nachbarschaft zu vielen: Die Evangelische Kirche von Westfalen, Herr Kollege Laumann, hat ja als Leitlinie für ihre diesjährige Politikertagung vorneweg gestellt: Suchet der Stadt Bestes! – Viele von uns waren dabei und haben erlebt, dass nicht nur unter Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, sondern bis weit in die Gesellschaft und die Kirchen hinein die Sorge umgeht, dass unsere Kommunen nicht mehr in der Lage dazu sind, ihre Leistungen finanziell zu erbringen, die so dringend für ein gutes Zusammenleben und für die Menschen sind.

Deshalb lade ich Sie auch herzlich ein: Lassen Sie uns die Leitlinie „Suchet der Stadt Bestes!“ auch in diesen Landtag hineinbringen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Lassen Sie uns in einen Wettbewerb um die beste Lösung für unsere Kommunen eintreten. Das ist eine vernünftige Vorstellung einer Debatte hier in diesem Landtag.

Ja, meine Damen und Herren, unsere Städte sind doch die Orte, in denen die meisten Menschen unseres Landes gerne leben, in denen sich das soziale Leben entfaltet, in denen die Menschen arbeiten, ihre Freizeit verbringen. Städte sind die Kristallisationspunkte unseres kulturellen Lebens, Knotenpunkte des Handels, der Dienstleistung. Und sie sind auch Standorte des Wirtschaftens. Unsere Städte sind Orte der Kommunikation und der Integration, und sie stiften Identität. Das spüren die Menschen. Das fühlen die Menschen. Das wollen sie auch. Denn ohne solche funktionsfähigen Städte sind Staat und Gesellschaft nicht funktionsfähig.

Meine Damen und Herren, vom Wohl der Städte hängt auch und besonders der Zusammenhalt ab. Denn Bürgerinnen und Bürger erleben doch täglich und unmittelbar die Grundlagen der demokratischen Verfassung unseres Staates in ihrem und an ihrem Lebensmittelpunkt, in ihren Städten. Hier sind deshalb ja auch politische Entscheidungen ganz unmittelbar erfahrbar. Hier wird das Gefühl dafür vermittelt, wie dieses Gemeinwesen funktioniert, welche Chancen es eröffnet und welche Risiken es birgt.

Der rasante wirtschaftliche und soziale Wandel konkretisiert sich doch alltäglich in den Städten unseres Landes. Schauen wir uns die Wohnquartiere an! Dort wird sichtbar, spürbar, erlebbar wie nirgendwo anders sonst, wer vom Wandel profitiert und wer nicht. Deshalb ist es so wichtig, dass wir unsere Städte wieder funktionsfähig machen – auch mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung hier.

Das dürfen wir jedenfalls nicht gefährden. Städte und Gemeinden sind in gewisser Weise das Fundament unserer Gesellschaft. Dieses Fundament, meine Damen und Herren, müssen wir dringend zukunftsfest machen. Es ist daher nur konsequent, dass die Landesregierung gemeinsam mit den Fraktionen des Landtags mit Blick auf die Gemeindefinanzkommission in Berlin Abhilfe schaffen muss und will und dass der Bund mehr in die Verantwortung genommen wird.

Meine Damen und Herren, weil es vorhin beim Beitrag des Kollegen Laumann schon eine Rolle spielte, sage ich klipp und klar: Die Gewerbesteuer als wichtige Einnahmequelle der Kommunen muss erhalten bleiben. Sie muss verstetigt werden. Auch das ist unsere gemeinsame Aufgabe, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Bärbel Beuermann [LINKE])

Die Ministerpräsidentin hat vorhin die Damen und Herren auf der Besuchertribüne aus der kommunalen Verantwortung begrüßt. Weil Sie hier sind, sage ich Ihnen: Es darf und es wird die Lösung des kommunalen Finanzproblems selbstverständlich keine einseitige Aufgabe des Bundes, des Landes bleiben. Sie wissen es: Auch unsere Kommunen werden einen Beitrag dazu leisten müssen. Das Ziel der Landespolitik in der laufenden Periode wird und muss jedenfalls sein, für alle Kommunen in unserem Land eine aufgabengerechte Finanzausstattung sicherzustellen.

Das heißt für uns: Kommunen müssen selbstverständlich eigene Konsolidierungsmaßnahmen ergreifen, in denen sie das Land aber unterstützt, nicht alleine lässt, die in den Kommunen aufgegriffen und durchgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, das heißt dann aber auch für uns gemeinsam, dass das Konnexitätsprinzip, das in der nordrhein-westfälischen Landesverfassung verankert worden ist, eingehalten werden muss und von uns eingehalten wird. Herr Laumann, da sind wir doch gar nicht weit auseinander. Lassen Sie uns das doch zur gemeinsamen Leitlinie unseres Handelns für die Kommunen hier in Nordrhein-Westfalen machen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Der Aktionsplan Kommunal Finanzen, der von der Landesregierung vorgelegt worden ist, ist ein erster, ein wichtiger und richtiger Schritt zur Wiederherstel-

lung der kommunalen Handlungsfähigkeit. Die von der Ministerpräsidentin vorhin auch angekündigte Soforthilfe im Rahmen des vorliegenden Nachtragshaushalts in Höhe von 300 Millionen € hilft den Kommunen gezielt, verloren gegangene Handlungsspielräume wiederzugewinnen.

Herr Laumann, deshalb müssen Sie über Ihren eigenen Schatten springen und das mit zu reparieren helfen, was Sie in der vergangenen Legislaturperiode mit angerichtet haben. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass wir den Kommunen auch über den notwendigen Nachtragshaushalt erste Handlungsspielräume geben. Damit würden Sie einen guten Beitrag zur Handlungsfähigkeit unserer Kommunen leisten, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Weil kommunale Politik mehr als anderswo vor allem vom Engagement vieler Frauen und Männer, die ehrenamtlich ihre Arbeit leisten, abhängt und ohne überhaupt nicht denkbar ist, weil sie mehr als bisher für die Funktionsfähigkeit unserer Kommunen und damit unseres Fundaments in unserer Gesellschaft dringend gebraucht werden, sage ich: Wir handeln auch in deren Interesse, wenn wir deutlich machen, dass wir schnelle und nachhaltige Lösungen für unsere Gemeinden brauchen.

Denn wie sonst, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, wollen wir Menschen noch erfolgreich auffordern, sich auch in der kommunalen Politik für andere einzusetzen, wenn wir die Kommunen nicht in die Lage versetzen, ihre finanziellen Aufgaben zu erfüllen.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, ist das, was wir heute hier mit der Sondersitzung in diesem Hohen Haus machen, auch eine klare Botschaft an die vielen tausend Frauen und Männer in unserem Land, die sich ehrenamtlich einsetzen. Sie müssen wissen: Der nordrhein-westfälische Landtag, am besten alle Fraktionen im nordrhein-westfälischen Landtag stehen fest an ihrer Seite.

Glück auf für unsere gemeinsame Sache zugunsten der Kommunen!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Als Nächstes hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Herr Kollege Priggen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte mich als Erstes bei den Vertreterinnen und Vertretern des kommunalen Aktionsbündnisses bedanken, bei den Damen und Herren Oberbürgermeistern, Landräten, Kämmerern.

Ich will mich aber auch bedanken bei den Kollegen und Kolleginnen hier im Haus. Die Abgeordneten und Fraktionen haben sich unterschiedlich bemüht, auch mit Anträgen. Es haben alle Fraktionen daran gearbeitet, heute zu einem Ergebnis zu kommen. Die Abgeordneten treffen sich heute zu dieser Sondersitzung, haben dafür viele andere Verpflichtungen an die Seite geschoben und machen dadurch deutlich, wie wichtig ihnen diese Frage ist. Insofern gilt auch allen Fraktionen und den Kolleginnen und Kollegen hier mein Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich will an das Aktionsbündnis gerichtet auch für meine Fraktion sagen: Die Grünen-Fraktion unterstützt die Ziele. Sie macht das nicht erst jetzt, Sie hat das schon in der ganzen vergangenen Legislatur gemacht, in vielen Anträgen, auch in Anträgen, die wir gemeinsam mit den Kollegen und Kolleginnen von den Sozialdemokraten gemacht haben.

Unser Kollege Horst Becker, langjähriger kommunalpolitischer Sprecher, jetzt als Parlamentarischer Staatssekretär tätig, hat hier viele, viele Anträge eingebracht und immer wieder auf genau diese Frage hingewiesen. Mit der kommunalpolitischen Erfahrung, die viele von uns haben, ist allen klar geworden: Wir treiben in eine Situation hinein, in der Kommunen nicht mehr handlungsfähig sind, in der es nicht mehr um einen platten Reifen geht, sondern darum, ob jemand noch atmen kann oder ob ihm das Wasser bis über den Kopf steht und er ertrinkt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben in der letzten Legislaturperiode zum Schluss gemeinsam das Stadtwerkerrettungsgesetz eingebracht. Wir haben als erste Maßnahme jetzt im Koalitionsvertrag eine Reihe von Punkten vereinbart, die auf die Kommunen zugehen. Der Koalitionsvertrag hat eine deutliche positive kommunale Handschrift. Das erste Gesetz war wieder das Gesetz, das sich mit den Stadtwerken befasst. Auch im Nachtragshaushalt gibt es deutliche kommunale Akzente. Insofern ist das eine Kontinuität auch dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

Normalerweise sind die Fraktionen hier in einem harten politischen Wettbewerb. Ich habe ein paar Sätze mitgeschrieben und war positiv erstaunt über das, was Herr Laumann in seiner Rede gesagt hat. Das möchte ich ausdrücklich begrüßen. Jetzt kann ich ja bei der CDU nicht sagen, dass es da revolutionäre Positionsänderungen gibt. Aber da muss der Heilige Geist doch in die Fraktion hineingefahren sein. Denn das, was da an Äußerungen gekommen ist, dass wir mehr Staat brauchen, weil die Gesellschaft mehr Aufgaben auf den Staat verlagert, habe ich in der Art noch nie gehört.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das ist doch in den ganz konkreten Beschreibungen genau richtig. Die älter werdende Gesellschaft, die sich ändernden Familienstrukturen – ich will das gar nicht alles wiederholen, die Ministerpräsidentin hat es angesprochen, Herr Laumann hat es angesprochen –, all das zwingt zu einem veränderten Verhalten des Staates, weil wir ja bestimmte Standards nicht fallen lassen können.

Ich bin Herrn Laumann wirklich dankbar – ich habe das früher nicht gewusst –, zur Situation der Behinderten habe ich mich irgendwann auch gefragt: Wieso brauchen die Landschaftsverbände Westfalen-Lippe und Rheinland jedes Jahr 50 Millionen € mehr für die Unterbringung der Behinderten? – Dann hat mir jemand erklärt: Das hat zu tun mit den Euthanasieprogrammen der Nazis, weil die die Behinderten umgebracht haben, weil dann eine ganze Generation gefehlt hat und weil das ganz langsam erst aufgewachsen ist. Die behinderten Menschen werden jetzt älter. Die Integration im Alter ist eben noch ein Stück teurer als bei jungen Menschen. Deswegen wachsen diese Kosten über eine ganze Generation auf. Ich habe das nicht gewusst. Sie haben das deutlich angesprochen. Das ist einer der vielen Punkte, die wirklich zu Kosten führen.

Über Ihr Bild mit dem Fahrrad können wir streiten. Ich sage das einmal genau in der gleichen Sprache: Wenn Sie einen schleichenden Platten haben, dann ist es besser, das Rad ein bisschen aufzupumpen und dann in die Werkstatt zu fahren. Wenn die Frage ist, ob Ihnen das Wasser bis zum Hals steht,

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

dann ist für uns die Frage, ob man da hilft. Helfen wir denen?

Der ganz entscheidende Punkt ist aber – da stimme ich Ihnen völlig zu –: Es nützt alles nichts, wenn das, was wir hier starten, nicht dazu führt, dass sich die Bedingungen grundsätzlich ändern, damit der Staat und die Kommunen den Aufgaben, die sie erledigen müssen, auch wirklich nachkommen können.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Das heißt, das kann ein Auftakt sein. Aber das muss Konsequenzen haben.

Das sehen Sie mir nach: Wenn ich das jetzt alles von Ihnen gehört habe, dann ist das anders als das, was wir in den vergangenen fünf Jahren diskutiert haben. Dann kommen Sie mir ehrlich gesagt vor, als ob Sie befreit wären, als ob Sie jetzt wieder Sachen sagen dürften, die Sie bisher nicht sagen durften.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Die Aussage: „Der Staat braucht mehr Steuern“, habe ich in den letzten fünf Jahren nicht gehört.

Jetzt will ich Sie an das Gegenteil erinnern; denn das hat ja zum Teil mit der Aussage zu tun. Ich erinnere an die Steuersenkungsprogramme, die noch bis Anfang des Jahres wie ein Mantra gebetet wurden. 19 Milliarden € Einkommensteuerreform mit einer Aufteilung von 42,5 % Mindereinnahmen beim Bund, 42,5 % bei den Ländern und 15 % bei den Kommunen, das hätte zu 8 Milliarden € Mindereinnahmen bei den Ländern und 3 Milliarden € Mindereinnahmen bei den Kommunen geführt, allein in Summe 3 Milliarden € für NRW. Das war das Mantra bis zur Landtagswahl.

Deswegen kann man das schon mit Respekt und mit Freude auch darüber, dass wir zusammen eine Position in der Frage finden, zur Kenntnis nehmen, weil das eine andere Grundlage für einen Diskurs ist. Wir werden ihn weiter austragen. Wir sind Parteien im Wettbewerb, Fraktionen im Wettbewerb und werden uns auch hart auseinandersetzen. Trotzdem ist es gut, dass in einer so wichtigen Frage Kursänderungen möglich sind.

Es beschäftigt uns sehr, dass wir eine Regierung sind, die um eine Stimme zu wenig keine Mehrheit hat, dass wir miteinander reden müssen und dass alle miteinander ringen müssen. Wenn der Effekt aber ist, dass wir in der Lage sind, an solchen Punkten Positionen bei Beibehaltung des politischen Wettbewerbs ein Stück weit neu zu bestimmen, dann ist das eine der vernünftigen Konsequenzen aus dem schwierigen Wahlergebnis und aus dem, was wir da an Gesprächen und Verhandlungen hinter uns haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Dann will ich noch ein paar Punkte dazu sagen, weil immer wieder auch die Kritik kommt, das sei doch selbst verschuldet. In den Kommunen leben auch lauter Sonnenfürsten und wenige Sonnenfürstinnen, die dann Ausgaben verursachen, die nicht zu verantworten sind. Das hört man ja immer wieder. Da wir wissen, dass wir alle Menschen sind und dass es auch fehlbare gibt, lassen sich immer Beispiele finden, über die man in den Medien spekulieren kann. Das mag es geben. Das gibt es bei uns, bei Ihnen; das ist so in der Welt. Das ist aber nicht der entscheidende Punkt.

Der entscheidende Punkt ist, ob die strukturellen Probleme so sind, dass bei vernünftiger Haushaltsführung, bei Sparen, ein Klarkommen mit der Situation nicht mehr möglich ist. Die Erkenntnis aus den Diskussionsprozessen ist, dass das genauso ist und wir deswegen anders mit diesen Fragen umgehen müssen.

(Beifall von Sigrud Beer [GRÜNE])

Die Ministerpräsidentin, Herrn Laumann und Kollege Römer sind auf Detailpunkte eingegangen. Das werden Weitere auch tun. Das will ich nicht auswalzen, sondern nur sagen: Die Region, in der ich wohne, die Städteregion Aachen, hat im Jahr ein

Haushaltsvolumen von 500 Millionen €. Davon sind 45 % Sozialleistungen, die wir in der Städteregion ausgeben, und noch einmal 23 %, 113 Millionen €, eine Abgabe, die wir an den Landschaftsverband Rheinland für Zwecke zahlen müssen, die ich in Teilen eben schon beschrieben habe. Das heißt, 68 % unseres Haushaltsvolumens müssen wir in diesen Bereich hineingeben. An der Stelle ist nichts mehr mit Sparen. Sie können zwar immer noch an Details arbeiten, aber wir müssen grundsätzliche Änderungen haben.

Deswegen ist es so wichtig, dass sich drei Fraktionen im Konsens darüber befinden, dass wir uns Richtung Bundesregierung zusammen aufstellen müssen, dass wir eine andere, eine verbesserte Lastenaufteilung gegenüber dem Bund haben müssen.

Ich will auch klar sagen: Das Aktionsbündnis hat gute Arbeit geleistet. Wir haben Ihre Bitte aufgenommen, eine Sondersitzung beschlossen, und wir führen sie nun durch. Aber es ist nichts gewonnen, wenn wir nicht weitere Konsequenzen daraus ziehen, wenn Sie und auch wir nicht weiterarbeiten. Wir alle kennen unsere Bundestagsfraktionen in Berlin. Ich rede nicht nur von meiner; das wird bei der CDU, bei der SPD nicht anders sein. Wenn wir uns hier einig sind, nach Berlin gehen und der Bundestagsfraktion erklären, was wir für richtig halten, schauen sie einen an, wissen genau, was sie an Haushaltsideen und -vorstellungen haben, klopfen einem, wenn es gut geht, auf die Schulter, aber dann passiert nicht viel.

Wir haben nur eine Chance, wenn wir uns alle aufstellen und das, was wir heute beschließen – hoffentlich gemeinsam –, an die anderen Landtage in der Republik weitervermitteln, uns zusammen nach Berlin aufmachen und unseren jeweiligen Bundestagsfraktionen, unseren Landesgruppen deutlich machen, dass das keine Veranstaltung nur für einen Tag und nur zum Spaß ist, sondern nur Sinn macht, wenn auch Berlin versteht: So, wie es in den letzten Jahren gelaufen ist, geht es nicht weiter.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Christian Weisbrich [CDU])

Ich sage ausdrücklich: Das gilt für meine Fraktion, für unsere NRW-Bundestagsgruppe genauso wie für alle. Das ist nicht ein Zeigen auf andere, und sich selber nimmt man aus. Die Arbeit müssen wir in allen Fraktionen, in allen Parteien leisten.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Konnexität sagen. Das Landesverfassungsgericht hat uns mit dem Urteil vom Oktober ins Stammbuch geschrieben, was Konnexität – Land gegenüber Kommunen – heißt. Das ist eine kostentreibende harte Wahrheit, aber es ist festgestellt, und wir stellen es auch nicht infrage, sondern werden uns an dieses Prinzip halten. Wir bitten aber auch um Verständnis, dass wir uns aufstellen müssen, dass der Bund bei

allem, was er macht, eine Konnexität gegenüber dem Land und nach unten betreibt, weil auch wir nicht viele Möglichkeiten haben, Einnahmen zu generieren, obwohl Maßnahmen, die der Bund beschließt, bei uns Auswirkungen haben, die Hunderte von Millionen ausmachen.

Ich will nur zwei Beispiele nennen. Anfang dieses Jahres – ich nehme nicht irgendetwas, was vor langer Zeit passiert ist – sind mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen 880 Millionen Kosten verursacht worden. Jetzt kommt zum Beispiel aus den letzten Tagen die Brennelementesteuer additiv dazu, die ich als Grüner in der Sache richtig finde. Ich hätte sie lieber dreimal so hoch. Die Brennelementesteuer sorgt aber für Einnahmen beim Bund, während sie für Gewerbesteuerausfälle bei uns und den anderen Ländern sorgt. Allein diese beiden Positionen ergeben zusammen 1 Milliarde €.

Um diese Steuerausfälle aufzufangen, müssten wir 20.000 Stellen einsparen. Das können wir nicht. Niemand hier wird sagen, dass er das kann. Insofern bitte ich um Verständnis, dass auch wir uns aufstellen und sagen müssen: Das, was der Bund macht, muss ganz hart betrachtet werden – auch im Hinblick auf die Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen. Es nützt auch nichts, wenn in den Kommunen – das macht meine Stadt Aachen, genauso wie es Köln oder andere unterschiedlichster Couleur getan haben – verzweifelt versucht wird, etwa mit Hotelbettensteuer irgendwo noch ein bisschen Geld zu organisieren. Das soll man niemandem vorwerfen. Wir sind auf Landesebene in einer ähnlich verzweifelten Situation und müssen ganz klar sagen: Wir müssen zusammen auf Berlin einwirken, damit dort nicht weiter etwas bestellt wird, was wir nicht bezahlen und nicht auffangen können. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Papke das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da es in der heutigen Debatte ganz wesentlich um die Frage geht, wie wir unsere Interessen, die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen, gegenüber dem Bund, gegenüber Berlin, bestmöglich vertreten können, will ich vorab – die Präsidentin wird es mir sicherlich gestatten – noch eine kurze Bemerkung zu einem ähnlich gelagerten Thema aus dieser Woche machen.

In dieser Woche hat die sogenannte Weiskommission ein Gutachten vorgelegt, das vorschlägt, das Bundesverteidigungsministerium nach

Berlin zu verlagern – etwas, was uns, Frau Ministerpräsidentin, als Interessenvertreter des Landes Nordrhein-Westfalen hochgradig alarmieren muss. Ihre zuständige Ministerin hat sich geäußert. Ich hätte es aber auch gut gefunden – die FDP-Fraktion hatte es den anderen Fraktionen ausdrücklich vorgeschlagen –, die heutige Sondersitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen zu nutzen, um partei- und fraktionsübergreifend ein klares Bekenntnis des Landtags Nordrhein-Westfalen zum Standort Bonn abzulegen.

(Beifall von der FDP)

Ich danke der CDU für ihre Bereitschaft, einen solchen Antrag, der nur im Konsens hätte heute noch eingebracht werden können, zu unterstützen. Auch die Fraktion Die Linke, Herr Kollege Zimmermann, hat das signalisiert. Leider haben die Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen noch nicht einmal auf diese Initiative reagiert. Ich finde das sehr schade. Denn Sie regieren jetzt, Herr Kollege Römer, Sie haben jetzt die Gestaltungsverantwortung für Nordrhein-Westfalen. Dazu gehört eben auch – das passt sehr gut zum Thema Kommunalfinanzen –, eine solche Gelegenheit zu nutzen, um gemeinsam ein klares Signal für den Standort Bonn, für die Region Bonn/Köln/Rhein-Sieg abzugeben. Schade, dass wir diese Gelegenheit nicht haben nutzen können.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Dr. Papke, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche: Kollege Priggen würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Aber Herr Kollege Priggen hatte gerade reichlich Gelegenheit, seine Sicht der Dinge darzulegen, und kann das später noch einmal tun.

Zum Thema Kommunalfinanzen, meine Damen und Herren! Obwohl sich der Landtag in seiner neuen Wahlperiode bereits mehrfach mit den finanziellen Problemen der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen auseinandergesetzt hat, begrüßt es meine Fraktion, dass wir uns heute im Rahmen dieser Sondersitzung noch einmal ausführlich mit der Frage beschäftigen können, wie wir die Handlungs- und Lebensfähigkeit unserer Kommunen in Nordrhein-Westfalen dauerhaft sichern können.

Jeder von uns weiß, welche Auswirkungen ein drastisch eingeschränkter kommunaler Handlungsspielraum auf die Lebensqualität in der Heimatgemeinde haben kann. Bei der Finanzausstattung unserer Kommunen – das ist erkennbar einhellige Auffassung des Landtags Nordrhein-Westfalen – besteht dringender Handlungsbedarf.

Es muss an dieser Stelle aber auch klargestellt werden können, dass die finanzielle Lage unserer Kommunen in Nordrhein-Westfalen erheblich variiert und auch die Ursachen für die aktuelle Finanznot vieler Kommunen in Nordrhein-Westfalen durchaus vielschichtig sind. Zahlreiche Kommunen sind hoch verschuldet, andere hingegen schuldenfrei oder auf dem Weg dorthin. Es gibt – auch das gehört zur Wahrheit bei dieser Debatte – Kommunen, die über Jahrzehnte über ihre Verhältnisse gelebt haben. Aber es gibt eben auch viele Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, die eine sehr solide Haushaltspolitik betrieben haben, aber jetzt dennoch mehr und mehr unverschuldet an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit geraten.

Insgesamt – das ist auch ein wichtiger gemeinsamer Punkt – ist es unstrittig, dass vor allem die stetig anwachsenden Sozialausgaben eine nicht mehr tragfähige Belastung für unsere Kommunen darstellen. Insbesondere die Kosten der Unterkunft und Heizung für Langzeitarbeitslose, die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, die Hilfe zur Pflege und die Grundsicherung im Alter bilden immense Ausgabenposten in den kommunalen Haushalten: Laut Städtetag beliefen sich die bundesweiten Aufwendungen der Kommunen für soziale Leistungen im Jahr 2009 auf 40,3 Milliarden €, von denen allein die Kosten der Unterkunft und Heizung mehr als 11,5 Milliarden € betragen. Ähnlich verhält es sich beispielsweise mit der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen.

Klar ist – das will ich für die FDP-Fraktion ausdrücklich unterstreichen –, dass die Bewältigung dieser Kostenlawine aus steigenden Sozialtransfers eine gesamtstaatliche Aufgabe ist. Trotzdem beteiligt sich der Bund nur in vergleichsweise geringem Maße an der Finanzierung. Den Löwenanteil hat bisher die kommunale Ebene zu schultern – und das, meine Damen und Herren, darf so nicht bleiben. Ich glaube, das ist auch unsere gemeinsame Haltung.

(Beifall von der FDP)

Nordrhein-Westfalen, Herr Kollege Priggen, ist in der letzten Wahlperiode sehr wohl auch in diesem Bereich aktiv geworden. Auf Antrag der schwarzgelben Landesregierung hat der Bundesrat im November 2009 die Bundesregierung aufgefordert, die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung nicht abzusenken, sondern an den tatsächlichen Kosten zu orientieren. Das Sechste Gesetz zur Änderung des SGB II, in dem die Absenkung der Bundesbeteiligung vorgesehen ist, befindet sich nach wie vor im Vermittlungsausschuss. Es war die Landesregierung aus CDU und FDP, die dieses Vermittlungsverfahren angestoßen hat, um das hier noch einmal zu konkretisieren.

(Beifall von der FDP)

Frau Ministerpräsidentin, es ist jetzt Ihre Aufgabe – und als amtierende Bundesratspräsidentin haben

Sie hierbei eine besondere Verantwortung wie auch eine besondere potenzielle Stärke –, dieses Vermittlungsverfahren jetzt im Sinne der Länder und der Kommunen zu einem guten Abschluss zu bringen.

Aus Nordrhein-Westfalen kam auch die Initiative zur Einrichtung der Gemeindefinanzkommission. Es ist das erste Mal, dass in einer solchen gemeinsamen Kommission Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände gemeinsam über die Situation der Kommunen beraten und nach einem Ausweg aus der schwierigen Finanzlage der Kommunen suchen.

(Beifall von der FDP)

Die Chancen dieser Kommission müssen in den nächsten Monaten ebenfalls ganz konkret genutzt werden – im Übrigen auch, Herr Kollege Römer, um ernsthaft darüber zu debattieren, wie die extrem konjunkturanfällige Gewerbesteuer durch einen deutlich erhöhten Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer und einen eigenen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer ersetzt werden könnten.

(Beifall von der FDP)

Ich will hier ausdrücklich noch einmal an alle Fraktionen appellieren, sich dieser Debatte nicht zu verschließen. Es ist nicht zukunftsweisend, permanent nur über die Verstärkung der Gewerbesteuer zu reden. Alternativmodelle, auch wissenschaftlich geprüfte, liegen auf dem Tisch. Wir haben die einmalige Chance, diese Sachverhalte in der Gemeindefinanzkommission jetzt offen zu debattieren.

Die Kommunen müssen entlastet werden, aber nicht nur in finanzieller Hinsicht. Die Handlungsspielräume der Städte und Gemeinden werden genauso durch staatliche Regulierungen, überzogene Standards und überflüssige Bürokratie eingeengt. Auf diesen Feldern müssen ebenfalls substantielle Beiträge zur Entlastung unserer Kommunen geleistet werden. Es wäre schön, wenn wir auch diese Aufgabe fraktionsübergreifend annehmen würden. Ich darf auch hier darauf hinweisen, dass in den vergangenen Jahren von der Vorgängerregierung bereits beachtliche Erfolge bei der Befreiung der Kommunen von überflüssiger Bürokratie erzielt worden sind; ich erinnere nur etwa an das Standardbefreiungsgesetz, mit dem wir die Kommunen in Nordrhein-Westfalen von unnötigen landesrechtlichen Standards entpflichtet haben.

(Beifall von der FDP – Siegrid Beer [GRÜNE]: Wie bei der Versorgungsverwaltung!)

Klar ist: Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen brauchen die Unterstützung des Landes auch in finanzieller Hinsicht. Die FDP-Fraktion hatte und hat die unbedingte Bereitschaft, mit allen Fraktionen eine gemeinsame Haltung in dieser Frage zu finden. Für den ursprünglichen Antragstext von SPD und Grünen vom Dienstag dieser Woche hatten wir

durchaus große Sympathie. Auf dieser Basis wären wir, denke ich, auch sehr schnell zu einer Verständigung gekommen. Nun liegt ein neuer Antrag von CDU, SPD und Grünen vor, der zwar einige Verbesserungen enthält, bei dem aber an einem aus unserer Sicht zentralen Punkt unverzichtbarer Klärungsbedarf besteht.

Der Antrag sieht nämlich vor, den notleidenden Kommunen in Nordrhein-Westfalen jährlich mindestens 300 bis 400 Millionen € zusätzlich aus dem Landeshaushalt zukommen zu lassen. Natürlich muss auch das Land einen Anteil übernehmen, um die Finanzlage der Kommunen zu verbessern. Nur dürfen diese Hilfen nicht zur Luftbuchung werden, denn davon haben die Kommunen nichts.

(Beifall von der FDP)

Und, Herr Kollege Laumann, noch am Dienstag war ja auch die CDU-Fraktion der Auffassung, dass man die Finanzhilfen für die Kommunen nicht auf Pump finanzieren dürfe.

In einem Positionspapier der CDU-Fraktion heißt es wörtlich – ich darf zitieren –:

„Dieser Betrag ist aus Einsparungen oder/und aus Steuermehreinnahmen ... bereitzustellen. Eine Schuldenfinanzierung ist nicht akzeptabel, da jede weitere Verschuldung des Landes seine finanzielle Leistungsfähigkeit weiter einschränkt.“

(Beifall von der FDP)

Ich glaube, Herr Kollege Weisbrich, darüber besteht bei uns Konsens. Herr Kollege Laumann hat das in der Debatte dargelegt. Dann muss das aber auch in diesen Antrag hinein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Es ist nach unserer Überzeugung entschieden zu wenig, den Kommunen gewaltige finanzielle Zusagen zu avisieren, aber dann nur noch nachgeschoben zu erklären, Voraussetzung sei natürlich, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes dadurch nicht völlig überfordert werde.

Ich glaube, es ist nicht nur ein Gebot der seriösen Haushaltspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen, sondern auch ein Gebot der Fairness gegenüber den Kommunen, deutlich zu machen: Wir wollen finanzielle Hilfestellungen leisten, die aber finanzierbar sein und sich in die Haushaltspolitik des Landes einfügen lassen müssen.

Deshalb werden wir zur Abstimmung im nächsten Tagesordnungspunkt einen Änderungsantrag vorlegen, der die Ergänzung durch zwei Sätze vorsieht: „Voraussetzung“ für jährliche Zuwendungen in Höhe von 300 bis 400 Millionen € ist, „dass dieser Betrag durch Einsparungen oder Steuermehreinnahmen erwirtschaftet werden kann und der verfassungsrechtlich gebotene Ausgleich des Landeshaushalts bis 2020 nicht gefährdet wird.“

(Beifall von der FDP)

Ich darf an alle Fraktionen das herzliche Angebot richten, sich diesen Änderungsantrag anzuschauen. Ich glaube, dass das eine wesentliche Ergänzung des bisherigen Antragsentwurfs der Fraktionen von CDU, SPD und Grünen wäre, um deutlich zu machen: Wir wollen helfen, aber wir werden den Pfad haushaltspolitischer Seriosität nicht verlassen.

Vielleicht können wir das gleich zwischen den Fraktionen noch diskutieren. Wir sind gern zu einer kurzen Sitzungsunterbrechung bereit.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das muss nicht sein! Zwei Sätze gehen schon!)

Wenn die anderen Fraktionen bereit sind, diesen Punkt aufzunehmen, würden wir dem vorliegenden Antrag als Antragsteller beitreten. Aber dieser wichtige Punkt ist aus unserer Sicht essenziell.

Ich freue mich auf die weitere Beratung und bedanke mich sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Papke. – Für die Fraktion Die Linke hat jetzt Herr Zimmermann das Wort.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten in der Tat heute ein Thema, das die Menschen in diesem Lande ganz hautnah betrifft.

Umso bedauerlicher finde ich es, dass es nicht zu einem gemeinsamen Antrag gekommen ist. Wir haben frühzeitig den ursprünglichen Antragstellern, der SPD und den Grünen, signalisiert, die generelle Linie ihres Ursprungsantrags zu unterstützen. Aber der unselige Beschluss der CDU, niemals etwas zu unterschreiben, das Die Linke mit unterschreibt, hat wahrscheinlich dazu geführt, dass sich die Fraktionen von SPD und Grünen zum zweiten Mal mehr oder weniger haben erpressen lassen.

Die finanzielle Situation in den Kommunen in Nordrhein-Westfalen ist in der Tat eine Katastrophe. Doch vonseiten der Landesregierung und der CDU als Mit Antragsteller werden letztlich nur Vorschläge zur Verbesserung gemacht, die im Grunde nicht mehr als einen Tropfen auf den heißen Stein bedeuten.

Das strukturelle Defizit in den nordrhein-westfälischen Kommunen beträgt in diesem Jahr 15 Milliarden €. In diversen Kommunen werden die Gebühren erhöht, um die Städte überhaupt am Atmen zu halten. So denkt Emmerich beispielsweise über die Einführung eines Kindergartenbeitrags für das zweite Kind nach. In Dortmund sollen die Schwimmbäder privatisiert und in Essen die Parkgebühren erhöht werden. Vieles andere mehr ist geplant.

Man muss natürlich feststellen, dass das Ganze eine gewisse Logik hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, von der CDU, von der FDP und von den Grünen, seit 2000 gibt es massive Steuerentlastungen für die Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen sowie für die Unternehmen. In diesem Zeitraum waren Sie alle nacheinander sowohl im Bund als auch in NRW an den jeweiligen Regierungen beteiligt und haben auch den Kommunen mit dieser Steuerpolitik Geld entzogen.

Die Steuerfreiheit der Veräußerungsgewinne führte zu einem massiven Einbruch der Einnahmen und zu der katastrophalen Situation vieler Kommunen.

Zu nennen sind ferner die Senkung des Spitzensteuersatzes, die Sie vorgenommen haben, die Absenkung des Körperschaftsteuersatzes auf 15 % und die Eröffnung neuer Möglichkeiten des Kleinrechnens der Steuern durch großzügige Regelungen zur Bemessungsgrundlage, sodass Unternehmen effektiv nur die Hälfte der Steuern zahlen, die sie eigentlich zahlen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, welcher ehrliche Steuerzahler soll diese Politik überhaupt noch verstehen?

(Beifall von der LINKEN)

Das alles hat unter anderem dazu geführt, dass sich die öffentliche Hand in einer katastrophalen Situation befindet – im Übrigen nicht nur die Kommunen, sondern auch Land und Bund.

Heute aber sind insbesondere die Bezieherinnen und Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen darauf angewiesen, dass die öffentliche Infrastruktur funktioniert. Sie werden am stärksten davon betroffen, was im Lande beschlossen wird. So wird bei Bibliotheken gestrichen. Bei Schwimmbädern werden Öffnungszeiten verändert. Teilweise werden solche Einrichtungen vollständig geschlossen. Dazu gehören auch Gebührenerhöhungen im kommunalen Bereich. Ich nenne beispielsweise die Erhöhung der Abfallgebühren.

Vielen Bürgerinnen und Bürgern würde es wesentlich mehr nutzen, wenn endlich etwas dafür getan würde, den Kommunen eine verlässliche Finanzierungsgrundlage zu geben. Es darf doch nicht wahr sein, dass die Folgen der katastrophalen und politisch gewollten Finanz- und Steuerpolitik in der Bundesrepublik auf die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes und in den Kommunen abgewälzt werden. Das ist mit uns nicht zu machen. Diese Art von Politik machen wir nicht mit.

(Beifall von der LINKEN)

Die Landesregierung weist richtigerweise darauf hin, dass die Zahl der Kommunen, die zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes verpflichtet sind, deutlich angestiegen ist. Die meisten dieser Kommunen unterliegen dem sogenannten Nothaushalt.

Die Situation der Kommunen wurde aber zudem durch die schwarz-gelbe Landesregierung verschärft. Die Rückführung der Nettoneuverschuldung des Landes war nur auf Kosten der Kommunen möglich.

(Manfred Palmen [CDU]: Stimmt doch nicht!)

– Natürlich stimmt das! – Das Land hat sich im Zeitraum 2006 bis 2008 um fast 2,4 Milliarden € auf Kosten der Kommunen saniert. Die abgewählte CDU/FDP-Landesregierung hat die Landesverfassung gebrochen und das Konnexitätsprinzip mit Füßen getreten. Dies wurde durch das Urteil des Verfassungsgerichtshofs in Münster deutlich bestätigt.

(Beifall von der LINKEN)

Es ist nur diesem Gerichtshof zu verdanken, dass die Landesverfassung nicht noch weiter ausgehöhlt werden kann.

Ich möchte nur einige Stichworte wie U3, KiBiz und Krankenhausinvestitionen nennen, um Folgendes deutlich zu machen: Es waren doch Sie, meine Herren, meine Damen von FDP und CDU, die die Kommunen in den vergangenen Jahren immer weiter ausgeblutet haben.

Die Gewerkschaft ver.di hat jüngst in einer Studie festgestellt, dass die Steuerpolitik seit 1998, also zu Zeiten von SPD und Grünen und anschließend der Großen Koalition aus CDU und SPD im Bund, zu Steuerausfällen von rund 50 Milliarden € geführt hat. Für das Land Nordrhein-Westfalen bedeutet dies eine jährliche Mindereinnahme von mindestens 5 Milliarden € – Geld, das überall fehlt, was den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft massiv bedroht.

Wir begrüßen, dass die neue Landesregierung jetzt einige Korrekturen vornimmt, so zum Beispiel die Aufhebung der von CDU und FDP beschlossenen Streichung des Anteils der Kommunen an der Grunderwerbsteuer. Es ist zu begrüßen, dass die Kommunen wieder denselben Anteil an der Grunderwerbsteuer wie bis 2006 erhalten sollen. Und auch die Aufhebung der seit 1999 vom Land eingeführten Befrachtung des Verbundsatzes ist zu begrüßen. Die Kommunen bekommen nun wieder das Geld ausbezahlt, das das Land seit 1999 zur eigenen Konsolidierung einbehalten hat.

Dies alles ist aber trotzdem viel zu wenig. Wir begrüßen, dass sich die Kolleginnen und Kollegen von der CDU der langjährigen Forderung unserer Partei anschließen, dass sich der Bund künftig zur Hälfte an den Sozialausgaben der Kommunen beteiligen soll. Danke, dass Sie einmal Einsicht zeigen!

(Beifall von der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Angebracht wäre es jedoch, derartige Forderungen vor allem an die CDU-geführte Bundesregierung zu richten. Deshalb ist Ihre Forderung natürlich unglaubwürdig. Sie suggerieren den Menschen in

Nordrhein-Westfalen, dass nun der Bund den klammen Kommunen aus der Patsche helfen soll. Gleichzeitig ist es aber der Bundesfinanzminister Ihrer Partei, der im Zuge der Haushaltskonsolidierung fast 30 Milliarden € in demselben Bereich einsparen will. Was Sie uns als Plan zur Lösung des Finanzdesasters in den Kommunen verkaufen wollen, ist maximal eine Nullsummenrechnung.

Das entscheidende Problem für die Kommunen ist die Einnahmeseite. Die Steuerpolitik aller Vorgängerregierungen im Land und aller Regierungen im Bund hat den Kommunen jegliche Handlungsfähigkeit genommen. Die Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaft machen eines deutlich: Ihre Politik – damit spreche ich in der Tat alle Parteien an – hat vor allem das Vermögen der Reichen und der Superreichen auf Kosten der öffentlichen Haushalte erhöht. Deshalb braucht es endlich ein radikales Umdenken in der Steuerpolitik.

(Beifall von der LINKEN)

Den größten Teil von fast der Hälfte der kommunalen Einnahmen erbringt die Gewerbesteuer. Wir wollen diese beibehalten und darüber hinaus noch erweitern. Wir setzen wir uns für die Einführung einer Gemeindegewerbesteuer ein, wie es auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund seit Langem gefordert wird.

(Beifall von der LINKEN)

Dieser Forderung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den Grünen, sind Sie bisher leider nicht nachgekommen. Deshalb fordern wir Sie und somit auch die Landesregierung auf, sich im Bundesrat unverzüglich für eine solche Gemeindegewerbesteuer einzusetzen.

(Beifall von der LINKEN)

Schon heute sprechen Bürgermeister und Bürgermeisterinnen offen davon, dass sie mit den vorhandenen Finanzmitteln zukünftig nur noch die Pflichtaufgaben erfüllen können. In den Kommunen jagt ein Sparpaket das nächste. Was dies für Vereine, soziale Einrichtungen, Kindertagesstätten, Schulen, Bibliotheken, Schwimmbäder und Sportstätten, schlicht: für das Leben in den Kommunen bedeutet, dürfte hoffentlich allen klar sein.

Wer an einer wirklichen Lösung des kommunalen Finanzdesasters interessiert ist, muss sich endlich der Entschuldung der Kommunen durch den Bund sowie der Verbesserung der Steuereinnahmen zuwenden.

Deshalb fordern wir den Umbau der kommunalen Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer, die komplette Kostenerstattung bei Aufgabenverlagerungen auf die Kommunen sowie die Wiedereinführung der Vermögensteuer als Millionärsteuer. Eine solche Steuer würde beispielsweise einer Stadt wie Duisburg pro Jahr 240 Millionen € an zusätzlichen Einnahmen bringen. Weiterhin for-

dern wir eine gerechte Erbschaftsteuer und die progressive Besteuerung von Kapitalerträgen. Solch ein Programm würde, wie bereits erwähnt, allein in NRW die Einnahmen um 22 Milliarden € erhöhen. Wir fordern endlich einen umfassenden Schuttschirm, ein wirkliches Entschuldungsprogramm und ein weitreichendes Investitionsprogramm für die Kommunen.

(Beifall von der LINKEN)

Das Entschuldungsprogramm muss sowohl die Altschulden als auch Sicherungen gegen eine erneute Schuldenfalle umfassen. Einen Fonds in Form einer kommunalen Zinshilfe, wie er von der CDU gefordert wird, lehnen wir eindeutig ab.

(Beifall von der LINKEN)

Auf der einen Seite sollen die Kommunen nach Ihren Vorstellungen, meine Damen und Herren von der CDU, auf Kosten von Einsparungen im Landeshaushalt saniert werden, auf der anderen Seite sollen die Kommunen bei Inanspruchnahme der Fonds 100 Millionen € selbst aufbringen. Wir sind gespannt, welche Kriterien dafür vorgeschlagen werden.

Die Vorschläge der CDU sind völlig inakzeptabel. Sie knüpfen das Geld für die Kommunen an bestimmte Bedingungen wie beispielsweise die Haushaltskonsolidierung oder einen Eigenanteil. Dieses De-facto-Verbot von sogenannten freiwilligen Leistungen ist absolut nicht hinzunehmen.

(Beifall von der LINKEN)

Das Verbot führt dazu, dass die Kommunen noch mehr als bisher zu reinen Vollstreckern zentralstaatlicher Aufgaben verdonnert werden. Das repressive Einschreiten der Kommunalaufsicht ist inakzeptabel und macht die Landesregierung de facto zu einem lokalen IWF.

Meine Damen und Herren, wichtige Elemente eines Entschuldungskonzeptes sind unserer Auffassung nach erstens der Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage für notleidende Kommunen, zweitens die Einrichtung eines Entschuldungsfonds des Landes für strukturschwache Kommunen, und zwar eines Fonds, der den Namen auch verdient, drittens ein Zinsmoratorium sowie die Neuverhandlung der erdrückenden Zinslasten mit dem Ziel ihrer nachhaltigen Senkung und schließlich viertens die Einführung von Vetorechten der kommunalen Ebene, um etwa die fortgesetzte Missachtung der Konnexität abzuwehren.

Das Investitionsprogramm muss vor allem die kommunale Ebene und die öffentliche Infrastruktur stärken. Ziel unseres kommunalen Entschuldungsprogramms ist es, die Kommunen endlich wieder in die Lage zu versetzen, selbstverwaltet zu agieren, der rigorosen Sparpolitik ein Ende zu bereiten und vor allem Personal- und Sozialabbau sowie die Privatisierung öffentlichen Eigentums zukünftig zu ver-

hindern. Das sind die Lösungen, die wir als Fraktion Die Linke vorschlagen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Zimmermann. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerpräsidentin Kraft.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Laumann, wir haben heute zum Glück eine Menge Gemeinsamkeiten entdeckt. Ihr Beispiel mit dem Fahrrad kann ich aber nicht ganz nachvollziehen. Ich bin selber früher viel Fahrrad gefahren, hatte auch mehrmals einen Platten. Wenn es nicht anders ging, habe ich es so gemacht wie der Kollege Priggen: erst mal ein bisschen Luft hineingepumpt, damit man überhaupt ein Stück weiterkommt.

Mich interessiert aber, Herr Laumann: Wenn die Reparatur des Schlauchs in Ihrem Bild die Hilfestellung des Bundes ist, was machen wir dann, wenn diese Hilfestellung gar nicht kommt? Nehmen wir den Extremfall. Bleiben wir dann auf der Stelle und kommen gar nicht mehr voran? Das kann nicht im Sinne der Kommunen in diesem Land sein. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Ich möchte noch zu zwei, drei Punkten Stellung beziehen: Zum einen, Herr Laumann, geht es um ein verbindliches Entschuldungskonzept, nicht dass hier Zweifel aufkommen. Niemand gibt einfach nur Geld und schaut dann von außen zu, was damit passiert.

Herr Zimmermann, die Kommunen im Aktionsbündnis haben im Übrigen selbst die Hilfe zur Selbsthilfe gefordert. Sie sind bereit, auch ihren Beitrag dazu zu leisten. Das ist keinesfalls mit einem Verbot freiwilliger Leistungen gleichzusetzen; ich habe vorhin erläutert, dass wir genau die Systematik, die wir in der Vergangenheit hatten, durchbrechen wollen. Insofern sind wir da auf einem guten Weg.

Zum anderen geht es um die Kommunalaufsicht. Herr Laumann, natürlich ist die Kommunalaufsicht ein Teil einer Behörde, die Dinge überprüfen muss. Die Frage ist: Wie gehen wir miteinander um? Ist es nicht viel sinnvoller, im Dialog, auch im Sinne einer beratenden Funktion, zu einem besseren Ergebnis zu gelangen? Das ist doch ein entscheidender Punkt. Das wollen wir. Es geht nicht darum, Aufsicht außer Kraft zu setzen – Überprüfungen finden nicht mehr statt –, sondern ich habe in meinem Eingangsbeitrag sehr deutlich gesagt, dass wir Kriterien entwickeln wollen und deren Einhaltung auch überprüfen werden. Das ist uns wichtig.

Interessant fand ich, dass wir in der Einschätzung übereinstimmen – darüber freue ich mich –, dass es in den vergangenen Jahren aufgrund von gesellschaftlichen Veränderungen, die Sie dargestellt haben, mehr Anforderungen an staatliche Leistungen gab. Richtig ist auch, dass man dies nicht mit weniger Einnahmen finanzieren kann. Dann können Sie aber nicht – obwohl das schon gut ist – sagen: Es darf keine Steuersenkungen geben, sonst funktioniert das nicht. Ich sage Ihnen: Wir brauchen sogar Steuererhöhungen, sonst funktioniert es nicht. An der Stelle sind wir auseinander. Wir wollen die Differenzen ja auch noch ein bisschen verdeutlichen.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN – Karl-Josef Laumann [CDU]: Nein! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Genau!)

Wenn ich Herrn Papke zuhöre und Ihren Änderungsantrag lese, dann bin ich, gelinde gesagt, überrascht. – Ist Herr Papke gar nicht mehr da? – Er hat uns verlassen, gut. – Wenn ich lese, dass die FDP für den Anteil des Landes von jährlich 300 bis 400 Millionen € voraussetzt, dass dieser Beitrag durch Einsparungen oder Steuermehreinnahmen erwirtschaftet wird, dann wüsste ich gerne, wie ich Steuermehreinnahmen erwirtschaften kann. Vielleicht habe ich eine Möglichkeit noch nicht entdeckt, die wir eigentlich ausschöpfen sollten.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

– Sie meinen, dass es aufgrund des Aufschwungs Steuermehreinnahmen gibt und wir diese nutzen können. Herr Laumann sprach davon – so hofft er –, dass wir 1 Milliarde € mehr haben. Stellen wir die Zahlen doch gerade: Auch wenn die 1 Milliarde € mehr käme, Herr Laumann, würde uns im Vergleich zum Zeitpunkt vor der Krise immer noch 1 Milliarde € fehlen. Das ist die Realität. Es gibt nicht das große Füllhorn, das wir ausschütten können.

Insofern stehen wir vor der Frage: Welches ist unser Weg? Wofür geben wir Haushaltsmittel aus? Nach Ihren Wünschen sollen Steuermehreinnahmen in die Konsolidierung und Hilfen für die Kommunen fließen.

Was ist mit dem Bildungsbereich, Herr Kollege Laumann? Wenn wir dort jetzt nicht investieren, setzen wir die Zukunft des Landes aufs Spiel. Das müssen Sie doch zur Kenntnis nehmen. Das können wir nicht einfach hinten runterfallen lassen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir werden sowohl die frühkindliche als auch die schulische und die Hochschulbildung stärken müssen. Daran geht kein Weg vorbei. – Es scheint mir so, als hätte die FDP inzwischen, nachdem sie nicht mehr regiert, die eierlegende Wollmilchsau gefunden. Das ist spannend, das darf ich an dieser Stelle einflechten. – Ich bin jedenfalls sehr gespannt darauf, welche Vorschläge Sie zum Haushaltsentwurf einbringen, woher die 300 bis 400 Millionen € Ein-

sparungen kommen sollen, wenn die Steuereinnahmen irgendwann nicht mehr sprudeln. Denn ob und wie lange wir einen Aufschwung haben, ist doch zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt nicht gesichert. Sie sind doch in Berlin sogar noch auf dem Trip, die Steuern nach wie vor zu senken. Das ist eine Entwicklung in die andere Richtung.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Die Zahl, die Kollege Priggen vorgestellt hat, bleibt plakativ. Ihr sogenanntes Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf Bundesebene führt doch dazu, dass wir zur Kompensation dessen, was wir an Einnahmeausfällen in NRW haben, alleine 17.000 Stellen streichen müssten. Wer kann das denn in diesem Land verantworten?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir wollen, dass die Kommunen wieder Luft zum Atmen bekommen. Wir wollen, dass Vorbeugung gestärkt wird, damit wir wirklich die Schulden auf null drücken können. Ihre mittelfristige Finanzplanung beinhaltet jedenfalls keine Absenkung der Neuverschuldung – genau aus diesem Grund, weil klar ist, dass wir auf kommunaler Ebene und im Bildungsbereich eine Investition in vorbeugende Strukturen brauchen, um Ausgaben auf Dauer drastisch senken zu können. Diesen Weg wird diese Landesregierung gehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. – Als nächster Redner hat für die SPD-Fraktion Herr Körfges das Wort.

Hans-Willi Körfges (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte eigentlich vor, hier vor allen Dingen auf Gemeinsamkeiten zu sprechen zu kommen. Denn wir haben alle zusammen heute die Chance, klarzumachen, dass dieser Landtag insgesamt dafür steht, den Schulterchluss mit unseren Kommunen, mit den Städten, Kreisen und Gemeinden in unserem Land, zu vollziehen.

Wir haben die Chance, liebe Kolleginnen und Kollegen, heute zu zeigen, dass wir uns gemeinsam über Parteiinteressen und die unselige Verursachungsdebatte hinweg auf den Weg machen und dabei womöglich andere Bundesländer mitnehmen, um mit der Forderung gemeinsam in Berlin anzukommen: Bitte, lieber Bund – das würde ich dann nicht so vorsichtig und freundlich sagen –, beteilige dich endlich an den Kosten der Soziallasten, die unsere Kommunen erwürgen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben allerdings an der Stelle eine Reihe von Übereinstimmungen, die man sich genau anschauen muss. Ich finde es wirklich verdienstvoll, dass sich, ausgehend vom „Stärkungspakt Stadtfinan-

zen“, vorgelegt durch die SPD und von der Landesregierung, jetzt auch mittel- und langfristig angelegt alle Fraktionen im Haus über Zinshilfeprogramme Gedanken machen.

Ich will auch nicht verhehlen, Herr Kollege, dass auch der ehemalige Finanzminister schon in dieser Richtung unterwegs war – seinerzeit allerdings ohne erkennbare Unterstützung der damals regierungstragenden Fraktionen.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, an der Stelle haben wir fünf bis sechs unterschiedliche gute Ideen. Ich appelliere an uns, ich appelliere an Sie, ich appelliere an die Regierung, bei der ich weiß, dass wir Unterstützung erfahren werden: Lassen Sie uns aus diesen vielen guten Ideen ein Paket schmieden. Denn ansonsten bleibt es bei verbalen Bekundungen. Wir brauchen große Mehrheiten und tatsächliche Unterstützung für unsere Kommunen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich befasse mich schon geraume Zeit mit dem Thema Kommunalfinzen. In der letzten Wahlperiode ist mir häufig vor Ort fraktionsübergreifend ganz klar gesagt worden: Solange ihr in der Opposition seid, seid ihr die besten Freunde der Kommunen. – Jetzt gilt es für uns, etwas zu widerlegen. Ich bin sehr stolz darauf, dass sich die von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD getragene Landesregierung sofort daran begeben, die Sache ins Werk gesetzt hat und auch im Nachtragshaushalt schon klarmacht, dass hier Dinge im Hinblick auf die kommunalen Finanzen richtigzustellen sind. Meine Damen und Herren, das ist kein überflüssiger Luxus, das ist keine zusätzliche Verschuldung. Es geht darum, den Kommunen etwas zurückzugeben, was ihnen ungerechtfertigterweise von anderen genommen worden ist.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist im Prinzip eine der Voraussetzungen, die unverzichtbar sind. Sich jetzt über die Reihenfolge zu streiten: Meine Damen und Herren, ich will das schöne Bild vom Kollegen Priggen vom Fahrradreifen nicht noch um eine weitere Schleife anreichern. Aber wer sich auf den Weg begibt, muss mit dem ersten Schritt beginnen.

Wenn wir nicht den ersten Schritt machen und unsere Solidarität tatkräftig und nicht nur verbal ausdrücken, haben alle anderen weiterhin die Gelegenheit, sich zu verstecken. Deshalb ist es gerade im Augenblick richtig, mit dem kommunalen Anteil vernünftig umzugehen und unseren Kommunen im Nachtragshaushalt sofort das zurückzugeben, was ihnen gehört.

Das ist uns nicht nur von den kommunalen Spitzenverbänden – bei denen gehe ich von einer gewissen Selbstverständlichkeit aus –, sondern gestern in der Anhörung zum Nachtragshaushalt sogar von Vertre-

tern der Wirtschaft bestätigt worden nach dem Motto: Wichtiger Anschlag für die Konjunktur, für den Aufschwung, ist und bleibt die Möglichkeit unserer Kommunen, zu investieren. Deshalb war, ist und bleibt es vernünftig, dass wir die 300 Millionen € im Nachtragshaushalt verankern, meine Damen und Herren.

Damit komme ich zur Frage der Relativierung. Zur Gewerbesteuer sage ich nicht viel. Wir wären schlechte Politikerinnen und Politiker, wenn wir nicht mittragen würden, was in unseren Wahlprogrammen steht. Insoweit kann ich nur sagen, dass wir bestimmt nicht gegen eigene Beschlüsse votieren werden. Für uns ist die Gewerbesteuer ein unverzichtbarer Bestandteil der kommunalen Finanzausstattung. Darin, dass sie besser sein könnte, meine Damen und Herren, sind wir mit Ihnen völlig einer Meinung.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wer all das – Frau Ministerpräsidentin Kraft hat gerade schon darauf hingewiesen –, was wir gemeinsam überlegen, unter eine Art gedanklichen Haushaltsvorbehalt stellt, lässt womöglich Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Signals zu und macht womöglich gar keine ernst gemeinte Zusage. Deshalb und nicht darum, weil wir ins Schuldenmachen verliebt sind, können wir eine solche Formulierung nicht mittragen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Darüber hinaus ist es auch handwerklich – vorsichtig ausgedrückt – ein wenig unsinnig. Herbert Wehner hat immer gesteigert: Quatsch, Quätscher ... Das mache ich jetzt nicht. Wir haben ein Gesamtdeckungsprinzip. Das heißt, wenn Sie nach dem Gesamtdeckungsprinzip zum Haushalt eine solche Ausschlussklausel in den Antrag einbringen, wollen Sie nicht mehr und nicht weniger. Das zeigt, meine Damen und Herren, dass die FDP im Gegensatz zur CDU nicht viel dazu gelernt hat.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dann wollen Sie nicht mehr und nicht weniger, als sich hier einen schlanken Fuß zu machen, aber Sie wollen keine ernsthafte Zusage den Kommunen gegenüber eingehen. Wir wollen klarstellen – und ich finde, das ist eine Veranstaltung, die bei allen Gegensätzen Mut macht –, dass der Landtag in Nordrhein-Westfalen an der Seite der Kommunen steht. Wir wollen uns gemeinsam auf den Weg nach Berlin machen. Wir wollen zeigen, dass wir verlässlicher Anwalt der Städte und Gemeinden und der Menschen in unseren Städten und Gemeinden sind.

Dafür wünsche ich uns weiterhin gutes Gelingen. Wir stehen am Anfang, und ich hoffe auf ein gutes Ende. – Danke.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Körfges. – Für die Fraktion der Grünen hat nun Frau Kollegin Schneckenburger das Wort.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Losung des Tages kam jedenfalls für mich aus der kommunalen Familie, und zwar aus dem östlichen Ruhrgebiet, aus Hamm. Der Oberbürgermeister von Hamm, Herr Hunsteger-Petermann, hat nämlich gesagt: „Wenn man kurz vor dem Ersaufen ist, kann man sich die Farbe des Rettungsringes nicht aussuchen.“

Ich finde, da hat er recht. Deswegen ist es ein enormer Schritt, dass es heute gelingt, gemeinsam eine Initiative in Richtung Berlin auf den Weg zu bringen, mit der es gelingt, einen gemeinsamen Schulterschluss über Regierung und Opposition hinweg aus Nordrhein-Westfalen hinzubekommen. Denn es ist nämlich so: Alle, die Kommunalpolitik gemacht und gelernt haben – das hat Herr Laumann vorhin ja ganz richtig gesagt –, wissen, dass in den Kommunen in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen 15, 20 Jahren – ich bin 1994 in den Rat der Stadt Dortmund gekommen – eigentlich kein Tag verging, an dem nicht die kommunale Schuldsituation diskutiert wurde.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dabei will ich auch nicht verschweigen – auch mit dem Blick auf die Lage in der eigenen Stadt –, dass es auch immer Projekte gab, über die man sich streiten kann. Das Hauptproblem war aber immer, dass es eine strukturelle Krise der Kommunen gibt. Deswegen begrüße ich es außerordentlich, dass wir in Richtung Berlin ein gemeinsames starkes Signal senden. Ich weiß nämlich auch, dass es wirklich Stärke braucht, um tatsächlich die Interessen der Kommunen in Berlin ausreichend zu vertreten.

Denn auch an der Stelle möchte ich über die Farben- und Lagergrenzen hinweg sagen: In Berlin vergisst man sehr schnell, wie die Lage der Kommunen vor Ort ist. Da ist in den vergangenen Jahren sehr viel überwältigt worden. Es ist höchste Zeit, damit endlich Schluss zu machen.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Herr Papke, die Schule, die Herr Laumann vorhin empfohlen hat, haben Sie nicht besucht. Es ist vielleicht so, dass, wenn man aus dem Feuchtbiotop der Friedrich-Naumann-Stiftung kommt, man sehr weit von der kommunalen Situation entfernt ist. Ansonsten könnte ich mir überhaupt nicht erklären, warum Sie hier immer noch die Haltung einnehmen, dass sich die Kommunen eigentlich am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen könnten. Man muss doch eigentlich längst wissen, dass die Kommunen in Nordrhein-Westfalen diese Möglichkeit nicht mehr haben.

Ich möchte einmal kurz die Effekte beleuchten, die dazu geführt haben.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Haben Sie mir denn überhaupt zugehört?)

– Ja, ich habe Ihnen zugehört, genau deswegen sage ich das auch.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie haben mir offenbar nicht zugehört!)

Es gelingt den Kommunen nicht mehr aus eigener Kraft, ihren Haushalt zu konsolidieren, weil in den vergangenen Jahren die Arbeitslosenzahlen gestiegen sind, weil mit den Arbeitslosenzahlen auch der Niedriglohnsektor gestiegen ist und weil damit auch die Kosten der Unterkunft in den Kommunen massiv gestiegen sind.

Was hat der Bund an der Stelle gemacht? – Er hat gleichzeitig seinen eigenen Anteil an den Kosten der Unterkunft abgesenkt. So trägt man jedenfalls nicht dazu bei, dass die Kommunen eine Chance haben, sich selbst zu konsolidieren und sich selbst zu helfen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dazu gehören auch alle anderen Effekte, die vorhin schon beschrieben worden sind: die Steigerung in der Kinder- und Jugendhilfe, der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz und auch die Steigerungen in der Eingliederungshilfe. Unter dem Strich heißt das: Wenn man in der Bundespolitik den Anspruch hat, gleiche Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik herzustellen, dann muss man endlich dafür Sorge tragen, dass der Bund einen angemessenen Anteil an den Soziallasten trägt und die Gelder dafür kommen.

Es gibt eine Zahl, die das verdeutlicht: Die Belastung pro Bürger und Bürgerin in Nordrhein-Westfalen liegt, was die Transferleistung pro Kopf anbelangt, um 112 € höher als der Durchschnitt der westlichen Bundesländer. Das macht in der Summe 2 Milliarden € aus. Das sind genau die Steigerungsraten, die wir in den vergangenen Jahren hatten, wenn es um die Belastung der Kommunen und die Kassenkredite geht. Es sind genau diese Effekte, die die Kassenkredite der Kommunen ausgemacht haben. Darum ist es höchste Zeit und ein gutes Signal, dass wir das hier gemeinsam tun.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer A sagt, der muss dann eigentlich an dieser Stelle auch B sagen. Wenn man anerkennt, dass es nicht nur der Bund ist, der sich aus den Kassen der Kommunen bedienen kann, dann muss man auch anerkennen, dass das auch für die Länderebene gilt. Von daher ist der Weg, den die Landesregierung hier einschlagen will und den SPD und Grüne gemeinsam vereinbart haben, absolut konsequent. Dann muss man nämlich auch bereit sein, den Kommunen zu helfen, von ihren Liquiditätskrediten und damit auch von den Zinsen für die

se Kredite herunterzukommen, und ihnen die Chance einzuräumen, sich auf den Weg zu einer wirklichen Konsolidierung zu machen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Kommunen selber an der Stelle bereit sind und wieder in die Lage versetzt werden können, die Aufgaben, die wir ihnen ja zurecht zumuten und die berechtigterweise auch vor Ort abgehandelt werden, nämlich frühkindliche Bildung, Ausbau der Kindertagesbetreuung usw. – alles extrem wichtige Aufgaben für unser Land –, auch wirklich vor Ort zu erfüllen. Land und Bund müssen dabei Hand in Hand gehen. Ich finde, wer A sagt, der muss auch B sagen.

Darum gilt für mich: Es geht jetzt um einen Aufbau West. Es geht um ein Aufbauprogramm West für die Kommunen und es geht darum, die untere Ebene wieder handlungsfähig zu machen und dafür Sorge zu tragen, dass die Aufgaben an der Stelle erfüllt werden können.

Darum – das sage ich noch einmal in Richtung der Kolleginnen und Kollegen der Linken –: Natürlich sind wir für eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei der Gewerbesteuer. Natürlich sind wir für eine Gemeindefinanzsteuer. Das ist bei uns schon lange Diskussionsstand. An der Stelle gehen wir absolut d'accord. Ob man jedoch an jeder Stelle auf der Einnahmeseite so verfährt, wie Sie das hier vorschlagen, also beispielsweise alle Schuldzinsen hinzunimmt, das muss man noch einmal diskutieren.

In der Grundlinie sind wir an der Stelle absolut zusammen, und wir sind auch bereit, das zusammen zu tragen. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Debatte in der Gemeindefinanzkommission in Richtung der Verbreiterung der Einnahmesituation der Kommunen gehen muss. Es darf nicht in die Richtung gehen, das wichtige kommunale Standbein, nämlich die Gewerbesteuer, zu schwächen und am Ende sogar wegzunehmen.

Zum FDP-Antrag – die Ministerpräsidentin hat es auch schon gesagt –: Wer es ernst meint mit den Kommunen, der muss auch eine ernsthafte Zusage machen und darf sie nicht in Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum konditionieren. Man muss bereit sein, zu sagen: Auch wir als Land tragen unseren Teil dazu bei. Wir sind dabei, die Kommunen zu entlasten.

(Dietmar Brockes [FDP]: Koste es, was es wolle!)

Wir tragen auch gemeinsam den Druck nach Berlin. Auch an der Stelle will ich Sie herzlich einladen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Lassen Sie uns diesen Druck machen! Wir werden ihn brauchen, und zwar über die Bundesländer hinweg. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneckenburger. – Für die FDP-Fraktion spricht nun der Kollege Engel.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerpräsidentin Kraft, wenn wir Sie eben richtig verstanden haben – es geht um diese berühmte Ziffer 5, zwei Sätze im Ursprungsantrag; wir wollen mit unserem Änderungsantrag noch einen Satz einfügen –, dann stören Sie sich an dem Begriff „erwirtschaftet“. Den Begriff können wir streichen. Da kann man schreiben, was Sie wollen, „realisiert“ oder „gegenfinanziert“. Wenn Ihnen das Wort „erwirtschaftet“ nicht gefällt, kann man einen anderen Begriff finden. Das möchte ich an dieser Stelle deutlich machen.

Lieber Herr Körfges, Sie haben Zweifel an der Ernsthaftigkeit. Nein, ich unterstreiche es dreimal: Wir meinen das wirklich ernst! Sechs Forderungen soll der Landtag erheben, fünf davon sind unstreitig. Da gehen wir komplett mit. In Punkt 5, bestehend aus zwei Sätzen, hätten wir gerne geschrieben, dass der Kurs, den dieses Land und auch die Kommunen gehen, sein muss: raus aus der Verschuldungspolitik.

Machen wir uns nichts vor, das ist doch die Wahrheit: Die Schulden, die die Parlamente über die drei Ebenen angehäuft haben, sind die Schulden der Menschen. Die Bürger müssen diese Schulden bezahlen. Deshalb kann man einer solchen – ich will jetzt nicht „Blankocheck“ sagen – Formulierung aus unserer Sicht nicht zustimmen. Das Geld muss da sein.

(Beifall von der FDP)

Die Ernsthaftigkeit möchte ich für meine Fraktion dreimal unterstreichen, drei Ausrufezeichen! Wenn wir da noch einmal die Köpfe zusammenstecken könnten, Frau Ministerpräsidentin, Herr Körfges, dann würde ich für eine Sitzungsunterbrechung plädieren. Gut, das ist dann eine Sache der Geschäftsführung. Herr Gerd Papke hat es aber schon angedeutet. Das zu Ziffer 5.

Ich möchte auch noch etwas zur Ziffer 6 sagen. Keine Kritik! Die CDU-Fraktion spricht von „Finanzkompass“. Die SPD spricht im Ergebnis vom Pakt „Stadtfinanzen“,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Stärkungspakt!)

Stärkungspakt „Stadtfinanzen“. Wir sagen „Masterplan“. Das sind drei Begriffe, die sich im Ergebnis nur in Nuancen unterscheiden. Herr Laumann, Sie haben davon versprochen, dass in den Rathäusern, in den Kommunalparlamenten kluge Leute sitzen. Das können wir genauso unterstreichen, dreimal, jawohl, da sitzen kluge Leute. Die machen es auch. Just in dieser Stunde gibt es auch ein Beispiel. Nehmen Sie den Rat und die Verwaltung der Stadt

Solingen, eine Stadt aus dem bergischen Städtedreieck, hoch verschuldet. Die waren in der Lage, ein beeindruckendes Konsolidierungspaket zu schnüren, just in dieser Stunde, 45 Millionen €.

Der Bürgermeister sagt, die Stadt habe ein Defizit von 75 Millionen €. 43 Millionen € haben die durch einen Diskurs innerhalb der Stadt Solingen hinbekommen, durch einen breiten Diskurs. Der Oberbürgermeister Norbert Feith sagt, er habe sich gewünscht, dass die Fraktionen den Ball stärker aufgenommen hätten. Und jetzt kommt es:

An manchen Stellen sind die Bürger ja weitergegangen als die Politik. Man hätte schon noch etwas mehr daraus machen können. – Ende des Zitats.

Jawohl, in den Rathäusern, in den Kommunalparlamenten sitzen kluge Leute. Ein Beweis ist Solingen.

Was an der einen oder anderen Stelle noch fehlt, ist auf der Ebene der Gremien angesiedelt. Wir haben es schon wiederholt gesagt. Ich komme immer gerne mit dem Beispiel der berühmten Dreifachturnhalle. Die Verwaltung schlägt eine Zweifachturnhalle vor und der Rat sagt: Wieso Zweifachturnhalle? Wir machen eine Dreifachturnhalle. – Ja, das macht aber 900.000 € mehr, die wir dann brauchen. Die haben wir nicht. – Dann sagten die Räte vielfach in der Vergangenheit: Überhaupt kein Problem, wir gehen zu den Banken. Die haben so viel. – So war das. Der Schlüsselbegriff lautete: Die Mittel werden bereitgestellt.

(Zurufe von der SPD)

Es gibt also Beispiele, in denen das Zusammenspiel zwischen Rat und Verwaltung an der Stelle noch nicht so funktioniert. Solingen ist aktuell ein Superbeispiel, dass es funktionieren kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zurück – ich habe nur noch eine Redezeit von einer Minute – zu den sechs Forderungen, die der Landtag heute erhebt. Von den sechs Forderungen kann die FDP fünf komplett mittragen. Frau Ministerpräsidentin, auch das eine Wort ist für uns kein Problem. Vielleicht könnten wir in einer Sitzungsunterbrechung über diese Hürde springen. Dann haben wir hinterher einen einstimmigen Antrag auf breiter Basis. Frau Beer, überlegen Sie sich das. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Wir sind am Ende der Beratung. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/458**. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Die Linke, die SPD und die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die CDU und die FDP. Gibt es

Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD, Linken und Grünen **angenommen**.

(Beifall von der LINKEN)

Wir sind am Ende der Beratung zum Tagesordnungspunkt 1 und kommen zu:

2 Kommunen in Nordrhein-Westfalen müssen handlungs- und zukunftsfähig bleiben – Der nordrhein-westfälische Landtag bleibt Partner und Anwalt der Kommunen

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/435 – Neudruck

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/459

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/460

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Löttgen für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Löttgen.

Bodo Löttgen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Zuschauertribüne! Weil das eben eine Steilvorlage war, lassen Sie mich zu Beginn meiner Ausführungen kurz auf die Fraktion Die Linke und Herrn Zimmermann eingehen:

Frau Ministerpräsidentin hat eben vollkommen zu Recht über die massiven Belastungen der Kommunen bei den Einheitslasten gesprochen. Da ist es schon ein starkes Stück aus dem politischen Tollhaus, dass sich die Linke als SED-Nachfolgepartei als Retter der kommunalen Selbstverwaltung aufspielt.

(Beifall von der CDU)

Ich war zwischen 1985 und 1990 mehrfach in der damaligen DDR, dort insbesondere auf dem Land, und sage Ihnen: Ein Blick auf die marode Infrastruktur der Städte und Kommunen in der DDR gibt mir heute mehr als genügend Gründe, um den Ratschlägen der Linken in diesem Themenfeld nicht zu folgen.

(Beifall von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da wir gerade dabei sind, aufzuräumen, möchte ich einen weiteren Punkt anführen: In einer Pressemitteilung veröffentlicht die Linke, dass wir, die CDU, einer langjährigen Forderung der Linken gefolgt sind.

(Hans-Willi Körfges [SPD]:Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört!)

Meine Damen und Herren, die Forderung, die Hälfte der Sozialhilfe zukünftig von der Bundesregierung tragen zu lassen, stammt aus einem Jahr, als die Linke noch die Antwort auf die Frage war, auf welcher Straßenseite man nach Hause geht.

(Beifall von der CDU)

1988 hat der Niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht – das können Sie gerne im „Spiegel“ oder in der „Zeit“ nachlesen – den Vorschlag unterbreitet, eine Bundesratsinitiative zu starten, um die Hälfte der Soziallasten zu senken.

(Zuruf von der LINKEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf mich, lieber Hans-Willi Körfges, sehr geehrter Herr Mostofizadeh, dafür bedanken, dass die Gespräche, die wir geführt haben, eine sachliche und zielorientierte Atmosphäre hatten. Es war notwendig, diese Gespräche zu führen, und es ist notwendig, hier und jetzt über die Finanzlage der Kommunen zu sprechen. Ich weiß nicht, ob das heute schon jemand getan hat, aber denjenigen, die uns dazu veranlasst haben, dass wir das heute tun, sage ich: Herzlichen Dank!

(Beifall von der CDU – Wolfgang Zimmermann [LINKE]:Sie haben doch erst die Misere herbeigeführt! Schaumschläger!)

Die CDU hat daher, entgegen den Pressemitteilungen von SPD und Grünen, die Sie vielleicht gelesen haben, keiner Einladung dieser beiden Parteien Folge geleistet, sondern sie hat einer Einladung der Kommunen unseres Landes – es geht vor allem um die notleidenden Kommunen, deren Vertreter diese Sitzung veranlasst haben – Folge geleistet. Das haben wir gerne getan.

Erfolg hat bekanntlich viele Väter und Mütter. Wenn wir aus der heutigen Debatte nur einen einzigen Gewinner mitnehmen wollen, meine Damen und Herren, dann müssen das die Kommunen in unserem Land sein und keine der Parteien, die diesen Antrag unterschrieben haben.

(Beifall von der CDU)

Da wir gerade bei Richtigstellungen sind: Meine Damen und Herren, lieber Kollege Körfges, nicht der Stärkungspakt Stadtfinanzen war die Grundlage für unsere Gespräche, sondern das Positionspapier der CDU, das am Dienstag zuvor von uns verabschiedet worden ist, war Grundlage der Antragstellung. Dafür bin ich dankbar. Denn dieses Papier war wesentlich konkreter – und ist es auch heute noch – als der Ursprungsantrag von SPD und Grünen.

Meine Damen und Herren, der CDU war und ist es wichtig – jetzt möchte ich ein Wort aus einer Presseerklärung des Aktionsbündnisses vom 23. September 2010 aufgreifen –, mit diesem Antrag ein